Nürnberg, Dienstag, den 6. September 1932

Vierteljahresabonnement 1.50 RM. Für Nichtmitglieder nur Postbezug. — Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberufliches ausgeschlossen) 2,40 RM. Stellenvermittlungsanzeigen die Hälfte. Redaktionsschluß Sonntag. Fernsprechnummer der Redaktion Nürnberg 24403. — Anzeigenannahme und Redaktion Nürnberg 4 (Postfach). — Versandstelle: Essenweinstraße 1. — Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnberg 23989. Expedition „Der Schuhmacher" Nürnberg

Der Schuhmacher

Erscheint wöchentlich am Dienstag

Postsendungen an diese Zeitung sind zu richten an: „Der Schuhmacher" Nürnberg, Postamt 4. Abholfach.

Nr. 37

46. Jahrgang

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg

Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Schwarzarbeit und die „Schuhfabrikanten-Zeitung".

Die „Schwarzarbeit" spielt in den Diskussionen und Tarifverhandlungen der letzten Zeit eine bedeutende Rolle. Vornehmlich sind es Pirmasenser Schuhfabrikanten, die zur Beschönigung ihrer Tarifgegnerschaft die Schwarzarbeit — wie uns scheint, mehr als notwendig — in den Vordergrund stellen. Weniger soll damit die Schwarzarbeit getroffen, vielmehr soll durch dieses fortwährende Herausstellen der Beschwerden der Tarifvertrag unterhöhlt und unmöglich gemacht werden.

Bei den Lohnverhandlungen in Frankfurt war die Schwarzarbeit eine der Hauptpunkte. Mit der Schwarzarbeit suchte man in der Hauptsache seine Forderung auf Verschlechterung der tariflichen Löhne zu begründen. Man nannte das auf „Tarifgleichheit" hinarbeiten. Als die Arbeitnehmervertreter darauf hinwiesen, daß die Schwarzarbeit zum Teil in der großen Notlage der Arbeitslosen ihre ursprüngliche Wurzel hätte, daß indessen die Schuhfabrikanten durch eine übertriebene Rationalisierung ein volles Maß von Schuld an dem großen Heer der arbeitslosen Schuhfabrikarbeiter hätten, schrieb die „Schuhfabrikantenzeitung" in Nr. 51 1932: „Was sie (die Gewerkschaftsvertreter) über die Entstehungsursachen der Schwarzarbeit ausführten, klang fast wie eine Entschuldigung." Es fehle, so schrieb man, den Arbeitnehmervertretern an der notwendigen Verständigung. Erst auf Drängen der Unternehmer hätten sich die Arbeitnehmervertreter zu der Zusage einer publizistischen Aufklärung der Oeffentlichkeit aufgeschwungen.

Diese Unterstellungen treffen zwar nicht zu, denn gerade die Arbeitergewerkschaften waren es bisher, die einen entschiedenen Kampf gegen die Schwarzarbeit führten, dagegen sind die Verbände der Arbeitgeber kaum merklich in diesem Kampfe hervorgetreten.

Neuerdings nun wird in der „Schuhfabrikantenzeitung" in Heft Nr. 66 und 69 1932 zu der Angelegenheit erneut Stellung genommen. Dabei wird, was ausdrücklich hervorgehoben werden muß, das getan, was man den Arbeitervertretern zum Vorwurf machte, nämlich eine große Entschuldigungsaktion unternommen. Anscheinend hat unsere Verbandsleitung in Pirmasens die Schwarzarbeit bzw. die daraus profitierenden Unternehmer mit verschärften Mitteln am Schopfe gefaßt und Klage wegen untertariflicher Bezahlung gegen solche Unternehmer angestrengt. Anstatt nun in diesem Kampfe unterstützt zu werden von Arbeitgeberseite — war es doch gerade der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, der sich bei den Lohnverhandlungen über diese Schwarzarbeit und ihre Wirkungen für die tariftreuen Unternehmer stark ausließ —, findet man das Vorgehen der Gewerkschaften in einem „Eingesandt" „fast unerhört".

Da kenne sich nun noch einer aus. Tut man nichts, dann ist man schuld, daß der Tarifvertrag darunter leide. Kämpft man mit den einzig erfolgversprechenden Mitteln gegen die Schwarzarbeit an, dann wird das einem angekreidet und gedroht, daß „die Ueberspitzung eines Tarifvertrages das Aufkommen einer Spezialfabrikation hindere" und weiter wird gesagt, „sie wird schon bei der Tarifneugestaltung eine Rolle spielen". Soll doch heißen: der Tarifvertrag muß der Schwarzarbeit (d. h. untertariflichen Arbeit) freien Spielraum gewähren.

Interessant sind die Ausführungen der „Schuhfabrikantenzeitung" in dem Heft 69 1932. Es werden da Eingeständnisse gemacht, die wir festhalten wollen, und wir meinen, sie werden bei den kommenden Tarifverhandlungen noch eine Rolle spielen. Hier wird einmal ausgesprochen — und damit den Darlegungen der Arbeitnehmervertreter in Frankfurt nachträglich das Zeugnis der Richtigkeit ausgestellt, darüber, was die Ursache der Schwarzarbeit ist. Man höre:

„Aber je länger und schwerer die Arbeitslosigkeit auf der Pirmasenser Schuhindustrie lastete, je tiefer die Unterstützungssätze sanken, um so heftiger wurde die Anstrengung der arbeitslosen Schuhfabrikarbeiter, unbekümmert um die öffentlichen Lasten und die Lohnbedingungen sich Arbeit zu verschaffen."

Es wird hier also öffentlich einmal von Unternehmerseite festgestellt, daß die fortwährende Schraube nach unten bei den Arbeitslosenunterstützungen die Schuld mit an der Schwarzarbeit trägt. Es ist die Not, die den Arbeiter zwingt, jede Arbeit zu suchen und sei sie noch so schlecht bezahlt. Die Unternehmer und ihre Presse haben aber gerade an der Senkung der Unterstützungssätze ein gerüttelt Maß von Schuld. Das fortgesetzte unbegründete Gejammer über überhöhte „soziale Lasten" ist nichts weiter und wirkte sich nicht anders aus wie als Begünstigung der Schwarzarbeit.

Gleichzeitig wird aber auch hier bestätigt, daß unsere arbeitslosen Kollegen nicht die „arbeitsscheuen Elemente" sind, zu denen eine schamlose Hetze sie stempeln möchte, sondern daß ihnen Arbeit zehnmal lieber ist, als Arbeitslosenunterstützung. Wollen also die Unternehmer der Schuhindustrie die Schwarzarbeit bekämpfen, so sollen sie uns bei den Verhandlungen nicht den Kopf vollheulen, sondern sich an ihre Regierung wenden, die, vollständig marxistenfrei, in ihrem Abbaudelirium endlich aufhören möge.

Gleichzeitig wird aber auch das Eingeständnis gemacht, daß die verrückt übertriebene Rationalisierung die Arbeiter auf die Straße setzte und nun die Schwarzarbeit begünstigt:

„Die Schrumpfung der Betriebe hat auch, zumal die Einrichtung vervollkommnet wurde, eine übermäßige Einschrumpfung des Arbeiterstandes gebracht."

Gut gesagt, das alles. Die Rationalisierung treibt die Arbeiter auf die Straße, läßt sie am Straßenrande verkommen und bereitet dann, weil der Mensch sich seiner Haut zu wehren sucht und Arbeit annimmt, wo er sie trifft, den eigenen Unternehmern, die Schuld daran tragen, daß die Arbeiter aus den Betrieben fliegen, Konkurrenz.

Eine andere Seite der Rationalisierung und ihrer gesellschaftlichen Widersinnigkeit wird überzeugend beleuchtet in folgenden weiteren Auslassungen der „Schuhfabrikantenzeitung":

„Auch die Qualität der Heimarbeiter erhöhte sich, da unter den erwerbslos gewordenen Arbeitern eine sehr große Anzahl von Facharbeitern und Facharbeiterinnen sich befindet, die zwar in dem rationalisierten Betriebe die geforderten Leistungen nicht mehr vollbringen, aber in der Heimarbeit unter Zugabe von etwas Zeit immer noch gute Arbeitskräfte abgeben. Das Vorhandensein einer großen Anzahl von arbeitslosen Facharbeitern und Facharbeiterinnen in der Schuhindustrie und ihre mögliche Beschäftigung in der Heimarbeit ist wohl die Hauptursache der Schwarzarbeit in der Schuhindustrie."

Hier wird einmal in dürren Worten und von maßgebender Seite zugestanden, daß die Rationalisierung selbst gute, brauchbare Kräfte aus dem Produktionsprozeß herauswirft, ganz einerlei, wie das spätere Schicksal dieser armen Opfer der Maschine sich gestaltet. Man gibt zu, daß dadurch, daß man das Zeittempo, d. h. Arbeitstempo bei der Fabrikarbeit ungeheuer beschleunigte, die sonst noch guten Arbeitskräfte nicht mehr mitkamen. Aber — so darf man doch bei diesem freimütigen Eingeständnis der starken Erhöhung der Leistungen in den Betrieben fragen —: „Wie sind die Forderungen der Arbeitgeber auf dauernde weitere Senkung der Löhne damit zu begründen?" Höhere Leistungen, das wird zugegeben. Damit folgen weitere Ausschaltungen aus der Erwerbsmöglichkeit. Aber für die restlich noch Beschäftigten weiter niedrigere Löhne? Das verrät jedenfalls wenig Logik, insbesondere wenn man diesen Standpunkt damit begründet, daß die Erwerbslosen es sind, die mittels der Schwarzarbeit Konkurrenz betreiben.

Selten haben wir einen besseren Nachweis für die Widersinnigkeit der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu Gesicht bekommen. Noch selten wurde die Unternehmertaktik auf ständige Verschlechterungen der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, sei es im Lohn oder in der Unterstützung, so

Scharfmacherwünsche als Regierungsprogramm.

Aushöhlung der Lohn- und Arbeitstarife.

Die Bundesvorstände des ADGB. und des AfA-Bundes haben am 29. August an den Reichspräsidenten v. Hindenburg nach Neudeck folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Erklärungen des Reichskanzlers in Münster über Absichten der Reichsregierung bedeuten tatsächliche Beseitigung des verfassungsmäßig garantierten Tarifrechts, einseitige Bereicherung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Gewerkschaften appellieren an Herrn Reichspräsidenten, solcher beispiellos unsozialen Politik die Zustimmung zu versagen und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen."

Am 28. August hat Reichskanzler v. Papen in der Versammlung des westfälischen Bauernbundes in Münster sein Programm vorgetragen, das auf die Belebung der Privatwirtschaft und die Verminderung der Arbeitslosigkeit zugeschnitten sein soll. Wirtschaftspolitisch, in seiner Gesamtwirkung kritisch unter die Lupe genommen, ist von diesem Programm zu sagen, daß es

wohl einen Angriff auf die Rechte der Arbeiterschaft und ihre soziale Lage,

auf keinen Fall aber wirkliche Impulse zur Wirtschaftsbelebung in sich schließt.

Mit einfachen und dürren Worten gesagt: Die Regierung glaubt durch Lohnabbaumaßnahmen eine Belebung der Wirtschaft erreichen zu können, eine Ansicht, die von Unternehmerseite schon immer und immer wiederholt, aber ebensooft von den Arbeitnehmern als abwegig und trügerisch entschieden abgelehnt werden mußte.

Mancherlei Möglichkeiten, die in der **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** eine gewichtige Rolle spielen, sind in dieser Regierungserklärung nicht in Rücksicht gezogen; so wurde beispielsweise die Frage der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit ganz übergangen, ebenfalls die in dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats empfohlenen Vorschläge. Dagegen erhofft Herr von Papen eine Wirtschaftsbelebung von der Lohnseite her. Die Regierung gibt uns nun offen zu verstehen, wie die in Aussicht genommene

Auflockerung der Tarifverträge,

von der in der letzten Zeit die bürgerliche Presse recht viel, aber sehr wenig Positives zu berichten wußte, aussehen soll. Der Kern des Regierungsplanes besteht einmal in einer **Subventionierung für Arbeitsbeschaffung.**

Wer künftig mehr Arbeitskräfte beschäftigt als bisher, soll pro Arbeiter eine Prämie von 400 R.M pro Jahr in Gestalt von Steueranrechnungsscheinen erhalten. Weiter soll den Unternehmern, die in „besondere Notlage" geraten, ein Anreiz, daß sie ihre Arbeiter weiterbeschäftigen, dadurch gegeben werden, daß sie

den Tariflohn um so und soviel Prozent unterschreiten

dürfen. Wer die Arbeit streckt, d. h. Kurzarbeit einführt, soll also dafür eine besondere Belohnung erhalten, die auf Kosten der Gesamtbelegschaft geht.

Die Annahme, daß auf diese Weise eine erhebliche Zahl Erwerbsloser wieder in Arbeit kommen wird, müssen wir entschieden bezweifeln. Alle diese Maßnahmen bleiben zur Wirkungslosigkeit verurteilt, solange nicht verstärkte Nachfrage auf dem Warenmarkt ein größeres Produktionsvolumen erheischt. Das beste Beispiel liefert die Entwicklung in der Schuhindustrie. Je empfindlicher in den letzten Jahren die allgemeine Kaufkraftschrumpfung in die Erscheinung trat, um so stärker war die Abwanderung der Käuferschichten in die billigeren Schuhsorten. Die Folge war ein ungeheurer Druck auf die Kalkulation, eine Verbilligungsaktion auf dem Gebiet der Schuhpreise bis zum äußersten Grad. Und dennoch ist die Schuhproduktion der Menge nach von Jahr zu Jahr zurückgegangen.

Aus diesem Grunde würde die Subventionierung der Neueinstellungen mit 400 R.M pro Arbeiter — solange eine allgemeine Konsumsteigerung nicht erfolgt — nur ein Schlag ins Wasser sein, da es ja an Absatzmöglichkeiten fehlt. Diese Maßnahme würde besonders in der Schuhindustrie zu einer weiteren starken Preisunterbietung führen. Wenn ein Unternehmer dadurch größere Aufträge hereinbekommt,

würden diese Aufträge anderen Unternehmern verloren gehen,

wodurch an der anderen Stelle wieder Arbeiterentlassungen notwendig würden. Es würde also lediglich eine Verlagerung der Arbeit von einem Betrieb auf den anderen zu verzeichnen sein.

Genau so liegt es mit der anderen Absicht, Unternehmern, die zur Kurzarbeit übergehen, eine untertarifliche Entlohnung zu gestatten. Der Nachweis der „besonderen Notlage" des Betriebs würde bald auf der ganzen Linie versucht werden. Wir kennen das zur Genüge. Diese Vorschläge

(Schluß Mitte der nächsten Spalte.)

Schwarzarbeit und die „Schuhfabrikanten-Zeitung".

(Fortsetzung von voriger Seite)

ad absurdum geführt wie **hier in** der Unternehmerzeitung selbst. Die Unternehmer **können** sich bei Betrachtungen über das Thema „Schwarzarbeit" an die Brust schlagen und ruhig ausrufen: „Mea maxima culpa!" (Meine große Schuld.)

Ich könnte diese Betrachtung schließen, wenn nicht noch **am** Schluß der Auslassungen in der „Schuhfabrikantenzeitung" versucht würde, die Schwarzarbeit zum Anlaß zu nehmen, eine Attacke gegen den Tarifvertrag zu reiten.

„Diese unechte Schwarzarbeit schrumpft aber auch wieder zusammen, indem durch Aenderung des jetzigen schematischen Lohnsystems ältere Facharbeiter wieder in den mittleren und größeren Betrieben Aufnahme finden können."

Der Einsender des betreffenden Aufsatzes hat also selbst gute Hoffnung, daß der Druck durch die Schwarzarbeit von selbst nachläßt. Unseres Erachtens ist ihr Gesamtumfang **überhaupt nicht so groß, um das Klagelied, das** angestimmt **wurde, hundertprozentig zu** rechtfertigen. Die Schwarzarbeit liefert, selbst von tüchtigen Arbeitskräften ausgeführt, fast durchweg ein **minimales Produkt,** weil die verwendeten Rohstoffe zum Teil unter jeder Beschreibung sind.

Die reellen Herstellerfirmen können sich durch diese Konkurrenz gar nicht so arg bedrückt fühlen, wie sie es darzustellen belieben. Wie gesagt, die Ausführungen der „Schuhfabrikantenzeitung" können selbst als Beweis angeführt werden, daß ein gewisses Vernebelungsmanöver ausgeführt wird.

Man merke sich wohl, diese „älteren Facharbeiter" sind deshalb hinausgeflogen, weil die Betriebe ein schnelleres Tempo in ihrer Arbeit einschlugen, weil die Leistungen bis zum Widersinn gesteigert, nur noch jungen, frischen, unverbrauchten Kräften die Möglichkeit ließen, sich zu behaupten. Und nun soll zu diesen ungeheuerlichen menschlichen Opfern einer verkehrten Wirtschaftspolitik die Arbeiterschaft tariflich die Möglichkeit gewahren, daß die arbeitslos gemachten Arbeitskräfte zu einem verschlechterten Lohn wieder in die Betriebe hineinkommen. Schon heute kann vorausgesehen werden, daß diese Voraussage noch nicht einmal eintreten wird, denn daß würde man doch mit der Ausrede kommen: „Es fehlt halt an Aufträgen." Aber eines ist gewiß: 90 Prozent der heute noch im Betrieb arbeitenden Arbeiter kämen automatisch unter den verschlechterten Lohn. Das scheint, je mehr man die Sache betrachtet, auch nur der Zweck zu sein aller Redereien bezüglich der Befreiung von der Schwarzarbeit.

Pb. Mittwich.

Scharfmacherwünsche als Regierungsprogramm.

(Fortsetzung von voriger Seite)

laufen auf nichts anderes hinaus, als das Lohnniveau weiter herabzusetzen, damit eine weitere Kaufkraftschwächung herbeizuführen, was zur

weiteren Umsatzschrumpfung

beitragen müßte.

Es käme, vom Arbeiterstandpunkt aus besehen, nichts anderes als ein **weiterer zentraler Angriff** auf die **Tariflöhne** heraus. Wir haben noch jederzeit den Standpunkt vertreten, daß dem freien Spiel der Kräfte auch in der Lohngestaltung besondere Fesseln nicht angelegt werden dürfen. Man muß sich angesichts dieser Vorschläge auf **gesetzgeberischen Eingriff** indessen zunächst fragen, ob bei Erörterung dieser Pläne in Rücksicht gezogen wurde,

ob eine weitere Tariflohnkürzung der Arbeiterschaft überhaupt noch zumutbar

ist. Man scheint von der Voraussetzung auszugehen, als ob das tarifliche Einkommen des Arbeitnehmers etwas starres, gesichertes sei, wie etwa das Beamtengehalt, das leicht einen schematischen Abzug ertrage. Die Tatsachen reden aber eine andere Sprache. Abgesehen davon, daß in Tausenden von Fällen bereits **untertariflich entlohnt** wird, ist durch Arbeitsausfälle und Kurzarbeit für Zehntausende von Arbeitern das Wocheneinkommen derart erschreckend herabgedrückt, daß von einem Existenzminimum schon längst nicht mehr gesprochen werden kann. Und trotzdem wiederum prozentuale schematische Herabsetzungen der Akkordsätze, die sich natürlich auch auf die Kurzarbeit auswirken müßten?? Die Verwirklichung dieser Pläne ist unfaßlich, undenkbar.

Der Plan des Herrn v. Papen begegnet übrigens schon in der

Möglichkeit seiner Durchführung

schwersten Bedenken. Wir geben der „Frankfurter Zeitung", also einem Unternehmerblatte, Recht, wenn es die Frage aufwirft, **wer** nun eigentlich subventioniert werden soll: „Wenn ein Unternehmer, um der Prämie teilhaftig zu werden, die **alten Arbeiter verstärkt kurzarbeiten** läßt (um neue einstellen zu können), wie wird es ermittelt und berechnet? Wenn ein Unternehmer, um später subventionierte Arbeitskräfte einstellen zu können, rasch noch Entlassungen vornehmen will — wie wird das verhindert? Wenn ein Unternehmer (unter Opfern) seinen alten Arbeitsstamm gehalten hat, während ein anderer skrupelloser bei den Entlassungen vorging — wie wird dann für Gerechtigkeit gesorgt? Wenn ein Unternehmer auch künftig nur mit größter Mühe Entlassungen verhindern kann — soll ihm dann nicht geholfen werden und wie wird vermieden, daß er in Nachteil gerät gegenüber demjenigen, der z. B. mit Hilfe einer Subvention eine stillgelegte Fabrik neu eröffnet? . . . . „ . . . . Gilt (übrigens) die Berechtigung der Tariflohnunterschreitung nur für denjenigen Unternehmer, der künftig kurzarbeiten läßt, oder auch für den, der schon den bisherigen Appellen zur Einführung von Kurzarbeit Folge geleistet hat? — — —"

Nach unserem Dafürhalten bedeuten die von Herrn v. Papen gemachten Vorschläge, die das Regierungsprogramm bilden sollen, ein

die Arbeiterschaft bedrückendes, jedoch allein den Unternehmern Nutzen bringendes Experiment.

Betrachten wir die Vorschläge nun auch nach der finanzpolitischen Seite:

Es sollen folgende Maßnahmen getroffen werden: Die Unternehmer bekommen die **Umsatzsteuer, die Realsteuern, die Gewerbesteuern** und die **Beförderungssteuer** für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 in der Form **erlassen**, daß sie für die in dieser Zeit fälligen und zu zahlenden Steuerbeträge in Höhe der geleisteten Zahlungen Steueranrechnungsscheine erhalten, „auf die in den Rechnungsjahren 1934 1938 alle Reichssteuern einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuern **bezahlt** werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von **etwa 1500 Millionen Reichsmark** handeln. Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als **Kreditmittel** zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die **Hereinnahme und für die** Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Anträge für den aufgelaufenen Erhaltungsbedarf sein. — Darüber **hinaus will die Reichsregierung** einen Betrag von weiteren

700 Millionen Reichsmark in Steueranrechnungsscheinen

für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie **mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen.** Für jeden neu Eingestellten soll, wie bemerkt, aufs Jahr gerechnet ein Betrag von **400 Reichsmark** in Scheinen gegeben werden. — Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er **mehr Arbeitskräfte eingestellt hat, den Tariflohn** in einem gewissen genau umgrenzten Umfange, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, **zu unterschreiten,** und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je **größer die Vermehrung der Belegschaft** oder der Arbeiterschaft ist. Der Lohn wird aber nicht im gleichen Ausmaße ermäßigt werden dürfen wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich „logar" (!!!) noch erhöht. Die Reichsregierung beabsichtigt das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten."

Es folgen dann, wie gesagt, nach dem Pressebericht über die Rede des Reichskanzlers in Münster weitere Ausführungen, nach denen man auch bestimmen will, daß trotz vorhandener Tarifverträge während der **Laufdauer** derselben für **sogenannte notleidende** Betriebe unter Einhaltung eines bestimmten Verfahrens Abstriche vom Tariflohn zulässig sein sollen.

Es erhalten also die Unternehmer in erster Linie

ein Steuergeschenk in Höhe von 1500 Millionen Reichsmark,

in zweiter Linie für jeden mehr eingestellten Arbeiter **ein Geschenk von 400 Reichsmark,** in dritter Linie dürfen sie den Lohn der mehr eingestellten Arbeiter in der Hauptsache **von dem Lohn der bisherigen Belegschaft in Abzug bringen.**

Wenn also ein Unternehmer selbst vom Staat einen Auftrag erhält, und wenn er selbst ohne jedes eigene Zutun einen Auftrag bekommt und natürlich aus diesem Grunde Arbeiter einstellen **muß**, dann bekommt er dafür neben dem allgemeinen Steuergeschenk nicht nur für jeden Arbeiter ein weiteres Geschenk von 400 Reichsmark, sondern er braucht von dem Lohn dieser Arbeiter auch nur einen geringen Teil selbst zu bezahlen, den Hauptteil des Lohnes kann er aus dem Lohn der übrigen Belegschaftsangehörigen bezahlen.

Zu dem **Profit** also,

den jeder Unternehmer bei Ausführung jedes Auftrages hat, bekommt er als weiteren Profit das Geschenk von 400 RM pro Kopf der mehr eingestellten Arbeiter und den Hauptteil der Lohnsumme für die mehreingestellten Arbeiter.

Irgendwelche Verpflichtungen braucht der Unternehmer **nicht** einzugehen. Irgendwelche Vorschriften über die **Preisgestaltung** z. B. bekommt er nicht. Der Unternehmer kann sich Luxusautos kaufen, er kann sich Luxusvillen bauen, er kann irgendwie „aufgestauten Erhaltungsbedarf" befriedigen, und „dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß einzuführen"; aus seinem eigenen Vermögen und aus **seinen eigenen Mitteln** braucht er das alles nicht zu tun. Er kann diese ganzen Luxusausgaben aus den Steuergeschenken, dem Arbeiterlohngeschenk und der Lohnsenkung bezahlen.

Man hätte das alles viel einfacher machen können. Man hätte die deutschen Arbeiter unmittelbar zwingen können, einen bestimmten Teil ihres Verdienstes an den Reichsausschuß der Deutschen Industrie zur Verteilung an die einzelnen deutschen Unternehmer abzuführen. Dann wäre die Sache für jeden eindeutig und klar verständlich gewesen. Aber auch so, wie man es machen will, ist mit Hilfe einiger weniger zutreffender Erläuterungen die **einheitliche Klarheit** dieser Maßnahmen gegeben.

Tarif- und Schlichtungsrecht sollen in der Hauptsache **aufrechterhalten** bleiben, aber doch nur dadurch, daß man den **Sinn** dieser Institutionen des kollektiven Arbeitsrechts **vollkommen aufhebt.** Es mag ein erstrebenswertes Ziel sein, an dem Inhalt der vorhandenen Lehrbücher des Arbeitsrechts dadurch wenig zu ändern, daß die „Rechtsgrundsätze" erhalten bleiben. Aber daran haben doch in der Hauptsache nur die Herausgeber dieser Lehrbücher und die Wissenschaft allenfalls ein Interesse. Die Arbeiterklasse muß, wie sie das bisher schon getan hat, demgegenüber nunmehr erneut erklären, daß ihr an der Erhaltung abstrakter Rechtsgrundsätze dann überhaupt nichts liegt,

wenn es einen materiellen Inhalt, den diese Rechtsgrundsätze sichern sollen, nicht mehr gibt.

In einem Aufsatz: „Lockerung des Tarifvertrages" hat die „Gewerkschafts-Zeitung" (Nr. 35 S. 547) nicht nur als Meinung der Gewerkschaften, sondern aller maßgebenden wissenschaftlichen **Arbeitsrechtler** festgestellt, daß die **Unabdingbarkeit** der Tarifverträge **verfassungsmäßig gewährleistet** ist, und zwar unter **Ausschluß des Rechts des Reichspräsidenten** auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung, in den Unabdingbarkeitsgrundsatz einzugreifen. Wenn die gegenwärtige Reichsregierung die in dem Vortrag des Reichskanzlers v. Papen erklärten Absichten durchführen wird, dann ist der Nachweis, daß das kein Verfassungsbruch wäre, nicht einmal mehr ein Spiel mit Worten.

Wir wollen weder Jahrtausende noch Jahrhunderte zurückgreifen, sondern nur 60 Jahre bis zur Gründung des Deutschen Reichs. Aber seit dieser Zeit hat es noch keine Regierung und noch kein Regierungsprogramm gegeben, das so hundertprozentig **einseitig** alle Vorteile den **Unternehmern zugebilligt** und alle Nachteile den **Arbeitern auferlegt** hat.

Wir können uns vorstellen, daß im Lager der Industriemagnaten über diese Vorschläge volle Befriedigung herrscht. Schon vor Jahren ist den Wünschen dieser Herren

nachgegeben worden auf dem Gebiet der Arbeitszeitbestimmungen.

Auch damals stellten sie, ohne später ihr Wort einzulösen — eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Aussicht. So wird es jetzt ganz bestimmt wieder kommen, wenn diese Subventions- und Lohndruckpläne Wirklichkeit werden würden. Die Vorschläge werden unseres Erachtens ganz bestimmt nicht in dem gewünschten Umfange in die Arbeitslosigkeit Bresche zu schlagen vermögen. Wir sind der Auffassung, daß mit demselben Finanzaufwand ein erfolgreicheres positives Arbeitsbeschaffungsprogramm würde durchgeführt werden können.

Nicht zuletzt taucht übrigens die finanzpolitische Frage auf, wie nach Jahren bei Nichtgelingen des Gesamtplanes denn die Löcher in den Etats des Reiches, der Länder und der Gemeinden gestopft werden sollen.

(Verliebung nächste Seite)

Steigen der Lebensmittelpreise.

Gleichzeitig aber: Druck auf den Lohn.

Die Preisentwicklung in Deutschland deutet auf zukünftige Steigerungen hin. Soweit die **Lebensmittelpreise** in Betracht kommen, ist bereits eine nicht geringe Steigerung eingetreten.

Vom 22. Juni bis 10. August 1932 wurde in Berlin eine durchschnittliche Steigerung bei Rindfleisch um 9,6, bei Kalbfleisch um 14,9, bei Hammelfleisch um 5,5 und bei Schweinefleisch um 29,9 Prozent festgestellt. Des ferneren waren Speck um 3 v. H. und auslandisches Schmalz um 17,6 v. H. im Preise gestiegen.

Die Preisentwicklung ist bei Fleisch so stark nach oben gegangen, daß die Meßziffer der Ernährungskosten bereits nicht wenig davon beeinflußt wird.

Die **Ernährungskosten einer fünfköpfigen Familie** waren am 10. August um 1.56 RM oder 2,0 v. H. höher als am 22. Juni d. J. Die Zoll- und Wirtschaftspolitik der Regierung Papen wirkt sich in den Kleinhandelspreisen für Nahrungsmittel bereits fühlbar aus.

Von einer **Erhöhung der Löhne** ist nicht nur nicht die Rede, die Wirtschaftspläne deuten im Gegenteil darauf hin, daß die miserablen Einkommen der breiten Massen noch weiter gesenkt werden sollen. Die

Schuhindustriellen

haben es in ihren „famosen" Tarifänderungsvorschlägen sogar fertig gebracht, Abänderungen zu empfehlen, die direkt auf empfindliche **Lohnverschlechterungen** hinauslaufen.

Das deutsche Volk steht auf keinem Gebiete eine Besserung, dagegen machen sich starke Anzeichen einer Verschlimmerung bemerkbar. Das heute bestehende Elend soll wahrscheinlich verewigt und maßlos verbreitert werden. Die **Unternehmerschichten aber wollen sich bereichern.**

Sorgen um das Steigen der Fleisch- und der Brotpreise.

Der **Reichskommissar für die Preisüberwachung** hat an den Zentralverband Deutscher Bäcker-Innungen ein Schreiben gerichtet, in dem er zum Ausdruck bringt, daß die eingetretene Senkung der Getreide- und Mehlpreise nun auch im **Brotpreis** zur Auswirkung kommen müsse. Der Preiskommissar ersucht den Zentralverband, bei den Innungen dafür Sorge zu tragen, daß das spätestens nach Ablauf des Monats August geschieht. Der Zentralverband hat dieses Schreiben seinen Unterorganisationen mit dem Ersuchen um Berücksichtigung zur Kenntnis gebracht. — Der Reichskommissar zur Preisüberwachung und das preußische Finanzministerium teilen mit: Dem Reichskommissar für Preisüberwachung sind zahlreiche Klagen darüber zugegangen, daß im Kleinhandel mit Fleisch in den letzten Wochen vielfach **Preiserhöhungen** vorgenommen seien, die in keinem Verhältnis zu den durch die Einführung der Schlachtsteuer und das Anziehen der Viehpreise entstandenen Mehrkosten stehen. Mit Rücksicht hierauf wird der Reichskommissar für Preisüberwachung eine genaue **Nachprüfung der Kleinhandelsspanne für Fleisch** vornehmen. Auf diese Weise wird die Gewähr dafür geschaffen werden, daß in keinem Fall die durch die Einführung der Schlachtsteuer und die Erhöhung der Viehpreise **unvermeidbare Erhöhung der Kleinverkaufspreise für Fleisch** von einzelnen Gewerbetreibenden dazu ausgenutzt wird, auch die Verdienstspanne zum Nachteil der Verbraucher zu erhöhen. Im Gegenteil muß erwartet werden, daß ein Teil der durch die Schlachtsteuer herbeigeführten Belastung vom Fleischergewerbe übernommen wird. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat die Aufgabe, in Zeiten, in denen sowohl große Teile der Landwirtschaft als auch der Konsumenten in bitterster Not leben, eine unberechtigte **Steigerung der Zwischengewinne mit allen Mitteln zu verhindern.** Es ergeht daher an alle beteiligten Gewerbetreibenden die Warnung, von Ueberpreisen Abstand zu nehmen, da sonst das preußische Finanzministerium sich gezwungen sehen würde, nach bayerischem Muster oder durch **ähnliche Maßnahmen die Abwälzung der Steuer zu regulieren.**

Man kann mit Hilfe der Reichswehr, der Schutzpolizei und anderer Machtmittel die „Ruhe und Ordnung" in Deutschland nach außen sichern. Aber niemals wird man mit irgendwelchen Machtmitteln erreichen können, daß die 20 Millionen deutschen Arbeiter und ihre Angehörigen, also die Mehrheit des deutschen Volkes, sich innerlich mit derartigen Maßnahmen abfinden. Wir sind glücklich wieder in der Zeit der Inquisition angelangt und können mit Don Carlos verlangen: „Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire." Diese Gedankenfreiheit wird sich die Arbeiterklasse in erster Linie und unter allen Umständen bewahren. Alle weiteren möglichen legalen „mit der Reichsverfassung in Einklang stehenden Maßnahmen" werden sich die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften vorbehalten.

Gelesene Verbandszeitungen
an unorganisierte Schuharbeiter und Schuharbeiterinnen
weitergeben!

Von Woche zu Woche.

Wichtiges in aller Kürze

Der neugewählte Reichstag trat am Dienstag, den 30. August zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der Nationalsozialist Goering wurde mit Hilfe des Zentrums zum Reichstagspräsidenten gewählt. Durch das Verhalten der Kommunisten, die auch in der Stichwahl, wo sie gar nicht mehr in Betracht kamen, ihre Stimmen zersplitterten, wurde die Wahl von Loebe zum Vizepräsidenten unmöglich gemacht. Vizepräsident wurde der Zentrumsabgeordnete Esser. Die Nationalsozialisten zur Zeit in Opposition gegen den Papenkurs und gleichzeitig in Koalitionsbesprechungen mit dem Zentrum begriffen, bewahrten eine gespielte Ruhe.

Der Präsident Goering erbat sich die Ermächtigung des Reichstages zu einem Telegramm an den Reichspräsidenten, mit dem Ersuchen, sofort das Präsidium des Reichstags zu empfangen. Das Haus erteilte die Ermächtigung. Sozialdemokratische und kommunistische Anträge, die Tagung des Reichstags sofort fortzusetzen, wurden abgelehnt. Der Reichstag soll auf Beschluß des Aeltestenrats am 8. September wieder zusammentreten zur Entgegennahme einer Regierungserklärung mit den dazugehörigen Anträgen der Parteien.

Die Mitglieder der Reichsregierung v. Papen, v. Gayl und v. Schleicher wurden am Tage der Reichstagseröffnung in Neudeck vom Reichspräsidenten v. Hindenburg empfangen zum gemeinsamen Vortrag über die schwebenden Fragen der Innenpolitik, insbesondere des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung. Der Herr Reichspräsident erteilte seine Zustimmung zu den von der Reichsregierung geplanten, vom Reichskanzler in seiner Rede in Münster in den Grundzügen bekanntgegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Der Reichspräsident ersuchte den Reichskanzler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen insbesondere darauf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft geschert (!) und der soziale Gedanke gewahrt bleibe.

Die freien Gewerkschaften haben sich in einem Protest-Telegramm an den Reichspräsidenten gewandt, weil sie in dem Wirtschaftsprogramm des Herrn von Papen eine Ausshöhlung des Tarifrechts und organisierte Methoden des Lohnabbaus, gleichzeitig aber eine einseitige Begünstigung der Unternehmer erblicken.

Der erste Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften Bernhard Otte erklärt zur Kanzlerrede, die Gewerkschaften würden sich jedenfalls mit Nachdruck dagegen wehren, daß das im allgemeinen bereits außergewöhnlich gesenkte Lohnniveau nun noch weiter gesenkt werde und die Kaufkraft noch stärkere Einbuße erleide. Von der beabsichtigten Auflockerung der Tarifverträge und von der Verbindung der Mehreinstellung von Arbeitskräften mit der Lohnhöhe würden die Gewerkschaften aufs stärkste berührt. Allerdings sei eine abschließende Stellungnahme erst möglich, wenn die Sicherheiten bekannt seien, die zum Schutz von Mißbrauch gegen die für die Betriebe geschaffenen Möglichkeiten getroffen werden sollten. In dem Programm der Regierung sei die Frage der Arbeitszeit, soweit sich bis jetzt übersehen lasse, nicht angeschnitten.

Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium hat seinen Rücktritt erklärt. Er ist bereits verabschiedet. Als Grund des Rücktritts ist anzunehmen, daß sich Trendelenburg nicht in der Lage sieht, die wachsenden autarkischen Tendenzen der neuen deutschen Wirtschaftspolitik zu vertreten.

Als neuer Reichspressechef fungiert seit 16. August Major Marcks. Sein Vorgänger, von Kaufmanns-Asser, trat freiwillig zurück und geht wieder in den diplomatischen Dienst. Herrn Major Marcks, dem neuen Mann, wird nachgesagt, zu den besonderen Freunden des Reichswehrministers Herrn v. Schleicher zu zählen.

In der ersten Augusthälfte ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen um rund 10 000 zurückgegangen. Da angenommen werden muß, daß ein gewisser Teil der ausgesteuerten oder wegen „mangelnder Hilfsbedürftigkeit" aus der Unterstützung ausgeschiedenen Arbeitslosen das Arbeitsamt nicht mehr in Anspruch genommen hat, muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit nicht abgenommen hat.

Von den am 15. August erfaßten rund 5 383 000 Arbeitslosen wurden rund 711 000 in der Arbeitslosenversicherung, rund 1 722 000 in der Krisenfürsorge, in beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen mithin rund 2 436 000 unterstützt. Damit ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 44 000, in der Krisenfürsorge um rund 32 000, zusammen also um rund 76 000 zurück. Ueber die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen liegen bis Mitte des Monats die genauen Ziffern noch nicht vor.

Arbeitslosigkeit in Italien. In Italien steigt die Arbeitslosigkeit weiter. Ende Juli wurden amtlich 931 000 Arbeitslose registriert. Davon erhielten nur 275 000 Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitslosigkeit ist in Wirklichkeit viel größer, als in den amtlichen Zahlen zum Ausdruck kommt.

SA. meutert. Wegen der unerfüllt gebliebenen Versprechungen ist es innerhalb Hitlers Bürgerkriegsarmee zu Auseinandersetzungen gekommen. Während in Berlin und in anderen Orten die offene Auflehnung bisher verhindert werden konnte, sind in Köln wegen Meuterei einige Formationen aufgelöst worden, weil die Leitung anders nicht Herr der Lage bleiben konnte.

Herrn von Papens Rede in Münster.

Aus der vielbesprochenen Programmrede des Reichskanzlers, die er vor dem Westfälischen Bauernverein hielt, interessieren speziell die Stellen, die sich mit den Eingriffen in das Lohn- und Tarifgebiet befassen. Der Reichskanzler sprach die bereits bekannten Notstandsmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und führte daran anknüpfend u. a. folgendes aus:

„Die Regierung ist entschlossen, in großem Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Belebung der Privatwirtschaft zur Neueinstellung von Arbeitskräften zu gelangen.

Das kann aber nur geschehen, wenn die Hilfe nicht von einer Seite her, etwa von der Industrie oder von der Landwirtschaft kommt, versucht wird, fordern wenn überall gleichzeitig geholfen wird. Wir gehen bei unseren Ueberlegungen davon aus, daß eine Reihe von wichtigen Anzeichen darauf hindeuten, daß das letzte Stück des Weges, der uns zum tiefsten Punkt der Krise führte, von dem auch der Wiederaufstieg beginnen kann, nunmehr zurückgelegt ist. In einem solchen Zeitpunkt ist es berechtigt, weitergreifende Maßnahmen vorzunehmen, als es in einem früheren Zeitpunkt der Krise möglich gewesen wäre. In dem gegenwärtigen, sehr vorgeschrittenen und wohl nicht allzu weit vom Ende entfernten Stadium der Krise kann man erwarten, daß jeder Einfluß zur Belebung der Wirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit dazu beitragen wird, die natürliche Fortbewegung in einem tatsächlichen Aufschwung der Wirtschaft zu finden.

Der aufgestaute Erhaltungsbedarf.

Deutschlands gesamter Produktionsapparat muß zunächst einmal instandgesetzt werden, um an dieser Belebung teilzunehmen. Heute ist der Zustand vieler unserer Produktionsanlagen so schlecht, daß völliger Verfall droht. Wir haben in den letzten Jahren Geld für die nötigen Reparaturen nicht aufwenden können; wir haben nur von der Hand in den Mund gelebt und leben können. Es hat sich ein ungeheurer Bedarf an Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen aufgestaut, der in die Milliarden geht. Es muß der erste Schritt sein, daß die gesamte Wirtschaft die Mittel erhält, um dieses Versäumnis nachzuholen. Das ist dann gleichzeitig auch der erste Schritt der Neubelebung: Dadurch wird eine Neueinstellung von Arbeitern in größerem Umfange möglich, und es werden gerade die mittleren und kleineren Betriebe, deren ureigenste Domäne die Ausführung derartiger Arbeiten darstellt, als erste von der Belebung Nutzen ziehen.

Von diesem Punkte aus soll der Versuch gemacht werden, den Wirtschaftsprozeß in größerem Umfange zu beleben. Der Einsatz, der für diesen Zweck zu machen ist, muß genügend groß gewählt werden, damit die beabsichtigte Wirkung eintritt. Er wird sich auf eine Summe von mehr als zwei Milliarden Mark belaufen,

und zwar über diejenige Summe hinaus, die für Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffung ausgeworfen sind. Die Verhandlungen über die Durchführung dieses Programms im einzelnen und über seine Finanzierung sind schon weit fortgeschritten. Insbesondere hat auch die Reichsbank ihre Mitwirkung zugesagt, wobei es sich, von der Seite der Geldbeschaffung gesehen, nicht etwa um eine Belastung der Notenbank mit großen Beträgen, sondern im wesentlichen um die Heranziehung der in der Wirtschaft ohnehin vorhandenen, zum Teil nicht für Arbeit ausgenutzten Liquidität auf den hierfür schon jetzt gegebenen Wegen handelt. Den Gedanken, diesen Betrag etwa über eine Zwangsanleihe zu finanzieren, haben wir abgelehnt. Beträge in solcher Höhe würde die deutsche Wirtschaft, auch wenn die Zahlung über eine längere Zeit verteilt wäre, einfach nicht aufbringen können. Das würde auch meiner Regierungserklärung widersprechen, keine neuen Lasten mehr zu bringen. Statt dessen beabsichtigen wir folgenden Weg zu beschreiten.

Die Finanzierung der zwei Milliarden.

Es sollen für Teile einiger besonders produktionshemmender Steuern, wie beispielsweise die Umsatzsteuer, die Realsteuern, Grundsteuer, Gewerbesteuer, auch die Beförderungssteuer — übrigens ohne jede Beeinträchtigung der Etats der Länder und der Gemeinden — die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 1. Oktober 1933 fällig sind und gezahlt werden, Steueranrechnungsscheine gegeben werden, auf die in den Rechnungsjahren 1931 bis 1933 alle Reichssteuern, einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer, bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen

Betrag von etwa 1½ Milliarden

handeln. Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Vornahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Arbeiten für den, wie ich es nannte, aufgestauten Erhaltungsbedarf sein und dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß einzufügen; und das ist ja das Maßgebende!

Darüber hinaus will die Reichsregierung einen

Betrag von weiteren 700 Millionen

in Steuergutrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueingestellten soll, aufs Jahr berechnet, ein Betrag von 400 Mark in Anrechnungsscheinen gegeben werden. Wird dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden 1½ Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können. Wird dies gelingen, so würde das einen ganz großen, vorwärtstreibenden Erfolg bedeuten. (Lebhafte Zustimmung.)

Unterschreitung des Tariflohns als Anreiz.

Diese Maßnahmen werden aber nur dann die Wirtschaft sofort in Gang bringen, wenn das Problem auch von der Seite der Arbeit angepackt wird. Es wird deshalb dem Arbeitgeber gleichzeitig ein Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter gegeben werden. Dieser Anreiz wird nur auf dem Gebiete der Entlohnung liegen können.

Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in einem gewissen, genau umgrenzten Umfang — der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf — zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterschaft ist.

Die Löhne werden aber nicht in gleichem Ausmaß ermäßigt werden dürfen, wie die Belegschaft ansteigt, damit die in den Betrieben gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich sogar noch erhöht. Ich bin mir bewußt, daß diese Maßnahme einen Teil, und zwar dem jetzt beschäftigten Teil der deutschen Arbeiterschaft Opfer auferlegt. Aber diese Opfer gehen zugunsten der heute Arbeitslosen. Und wenn auch der einzelne eine kleine Einbuße erleidet, so wird die Gesamtlohnsumme erhöht, die allgemeine Kaufkraft also gesteigert. Auf diese Weise werden wir eine weitere erhebliche Zahl Erwerbsloser der Arbeit wieder zuführen können.

Die Reichsregierung beabsichtigt, das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in ihrem wesentlichen Inhalte aufrechtzuerhalten. Was sie aber immer wieder betonen muß, ist die Erwartung, daß die Beteiligten ihre Verhältnisse mehr als bisher im Wege der freiwilligen Selbstbestimmung ohne staatliche Mitwirkung und ohne Bevormundung ordnen. Der wertvolle Stern des Tarifgedankens muß erhalten bleiben. Unsere Tarifverträge sind aber vielfach immer noch zu starr und nehmen auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete der Betriebe der Arbeitnehmergruppe nicht gebührend Rücksicht. Es sollte in der heutigen Zeit nicht vorkommen, daß Betriebe, die bei vernünftiger Berücksichtigung ihrer besonderen Notlage aufrechterhalten werden könnten, infolge der Starrheit tariflicher Bindungen zum Erliegen kommen. (Sehr richtig!) Ich halte es daher für notwendig, für diese Fälle nunmehr im Verordnungswege Abhilfe zu schaffen. (Beifall.)

Kein Staatskapitalismus.

Die Reichsregierung wird darüber wachen, daß die persönliche Verantwortung der freien Wirtschaft nicht etwa durch Vermischung mit staatlichen Wirtschaftsformen verwischt wird. Wo der Staat in den letzten Jahren Anteil an bisherigen privaten Unternehmungen genommen hat, wird man dafür sorgen, daß klare Verhältnisse geschaffen werden, und daß der Allgemeinheit nicht nur die Lasten, sondern auch die Früchte der Arbeit zufallen. Für diese Unternehmungen wird daher eine besondere staatliche Beaufsichtigung zur Wahrung der staatlichen Interessen eingesetzt. Ich habe bereits angekündigt, daß die Gehälter in diesen Betrieben auf das Maß dessen herabgesetzt werden, was einem staatlichen Unternehmen entspricht. (Beifall.)

Auf zwölf Monate befristet.

Alle diese Maßnahmen dienen zunächst nur einer Uebergangszeit: sie werden deshalb auf zwölf Monate befristet. Sie sollen es der Wirtschaft ermöglichen, sich aus ihrer bisherigen Erstarrung zu lösen und den eigenen wirtschaftlichen Gesetzen zu folgen."

Golgatha für Kurzarbeiter.

Die Verordnung vom 14. Juni 1932 der Regierung Papen funktioniert als furchtbar peinigendes Marterinstrument. Ein Golgatha für Arbeitslose, Sozialrentner und auch für Kurzarbeiter. Sie stellen einen erheblichen Teil der durch kapitalistische Mißwirtschaft ganz unverschuldet in Not geratenen Volksgenossen. So jammerlich jetzt die Arbeitslosenunterstützung, ungerecht und provokatorisch wirkend, das Regiestück der Barones-Regierung brachte es fertig, Kurzarbeiter in ihrem Gesamteinkommen ungünstiger zu stellen, als Vollarbeitslose aus der gleichen Lohngruppe. Das ist doch ein Glanzstück. Ein anderes der Umstand, daß Kurzarbeiter, die vier Tage in der Woche feiern müssen, sogar noch 1 RM pro Woche mehr nach Hause tragen, als ihre Kollegen, die drei Tage arbeiten. Dergleichen „Feinheiten" sind massenhaft in die Verordnung hineinpraktiziert worden, die als Dokument ausschweifender Reaktion des Nachruhmes sicher sein darf.

Nachstehend einige Proben, wie sich die neuen Bestimmungen praktisch auswirken. Man könnte ihnen die Ueberschrift geben: Kinderreichtum wird extra bestraft! Bei den Kurzarbeitern stellen wir den Lohnanteil, zuzüglich der ihnen verordneten Unterstützung in Vergleich zu der für die gleiche Lohngruppe maßgebenden Arbeitslosen-Unterstützung, Ortsklasse B—C, Wochenlohn 36 RM. Danach beträgt das wöchentliche Einkommen:

	Alu.-Empf.	für Kurzarbeiter mit Aussetzen 3 Tage	4 Tage
	RM	RM	RM
ohne Zuschlagsempfänger	8.40	20.—	16.—
mit 1 Zuschlagsempfänger	10.20	20.80	17.40
mit 2 Zuschlagsempfänger	12.—	21.50	19.—
mit 3 Zuschlagsempfänger	13.80	22.30	20.80
mit 4 Zuschlagsempfänger	15.60	23.—	24.—
mit 5 Zuschlagsempfänger	17.40	23.—	24.—
mit 6 Zuschlagsempfänger u. mehr	19.20	23.—	24.—

Diese Aufstellung täuscht noch. Sie gibt das Einkommen der Kurzarbeiter zu hoch an. Es erleidet noch einige Abstriche. Die bekannten Abzüge, für Steuern und Sozialbeiträge. Viele Kurzarbeiter müssen überdies auch noch Fahrgelder aufbringen. Schließlich haben sie einen größeren Verschleiß an Kleidung, Schuhwerk etc. Und wer arbeitet, soll auch reichlicher essen. Berücksichtigt man alle diese Umstände, dann ergibt sich, daß tatsächlich der kinderreiche Vollarbeitslose mehr Geld nach Hause bringt, wie mancher Kurzarbeiter, der ebenso mit Kindern gesegnet ist und drei Tage in der Woche arbeitet. Etwas günstiger ist seine Lage, bei 4 und mehr Kindern, wenn er anstatt 3, nur 2 Tage in der Woche arbeiten muß. Je größer die Kinderzahl, um so kleiner werden die Spannen zwischen dem Einkommen der Alu.-Empfänger und der Kurzarbeiter. Ganz unmotiviert ungleich sind die Sprünge von einer zur anderen Gruppe. Mal gibt es für einen Zuschlagsempfänger 1 Mark, dann wieder 4 Mark usw. Man weiß nur nicht, wird durch diese Notverordnung bei den Arbeitslosen das Kinderkriegen als Verdienst, bei den Kurzarbeitern als Vergehen gewertet? Der Arbeitslose bekommt noch

für das 4. und 5. Kind einen Zuschlag, der Kurzarbeiter nur für 3 Kinder. Der Arbeitslose steigt aus der Gruppe mit 3 Zuschlagsempfängern bis zur höchsten Gruppe, mit seiner Unterstützung noch um 3.40 R.M, der Kurzarbeiter nur um 0.70 R.M, wenn er drei Tage aussetzen muß, aber um 4.— R.M, wenn er 4 Tage in der Woche beschäftigt wird.

In Wirklichkeit sind die Unsinnigkeiten und Unstimmigkeiten noch viel krasser und aufreizender. Nehmen wir ein Beispiel: A muß drei Tage in der Woche aussetzen. Sein Verdienst beträgt 4.— R.M pro Tag, mithin Wochenlohn 12.— R.M. Er ist verheiratet, hat 4 Kinder; seine Kurzarbeiterunterstützung beträgt 4.50 R.M, sein wöchentliches Gesamteinkommen — ohne Abzüge — 16.50 R.M. Sein Kollege, der Alu. bezieht, hatte einige Pfennige Lohn über 24.— R.M hinaus, seine Unterstützung bei gleicher Kinderzahl beträgt 16.20 R.M. Er hat mehr als A nach Abstrich der Lohnabzüge. Würde A nur 2 Tage aussetzen müssen, hätte er 50 ₰ mehr und arbeitete er gar nur einen Tag, dann hätte er 1 R.M mehr als bei 3 Tagen Beschäftigung in der Woche. Nicht nur solche hahnebuchene Unsinnigkeiten, die ganze Notverordnung, die den am meisten von der Krise Geschlagenen die unerträglichsten Lasten aufbürdet, muß schleunigst verschwinden.

Die Jugend ist die Zeit,
Weisheit zu lernen,
das Alter die Zeit,
sie auszuüben.

Rousseau.

An alle, die an Redaktionen schreiben!

Wenn du etwas an eine Zeitung zu berichten hast, erledige es rasch und sende den Bericht sofort ein.

Nimm nur Papier von guter Qualität, auf welchem man ordentlich mit Tinte schreiben kann.

Verwende auch bei Maschinenschrift kein Saugpapier, auch nicht das dünne Seidenpapier.

Beschreibe nie das Papier auf beiden Seiten. Nur auf der einen Seite beschriebenes Manuskript läßt sich, wenn nötig, zerschneiden und an mehrere Setzer verteilen.

Die für den Setzer günstige Papierbreite bewegt sich zwischen 15 und 20 Zentimeter. Am besten am rechten Rand bleibe ein Streifen von 3 bis 4 Zentimeter frei für eventuelle Korrekturen.

Schreibe nicht mit Bleistift oder Tintenstift, denn diese Schrift glänzt und schädigt die Augen des Setzers. Das beste Schreibmaterial, wenn keine Schreibmaschine zur Verfügung steht, ist gute, schwarze Tinte.

Schreibe die Zeilen nicht zu eng, damit Verbesserungen am Manuskript möglich sind. Nimm insbesondere bei Maschinenschrift nie das engste Zeilenmaß.

Vermeide jede Abkürzung, d. h. schreibe jedes Wort vollständig aus: der Setzer benötigt unbedingt ein ausgeschriebenes Manuskript.

Korrigiere nie ein Wort, sondern streiche falsches aus und setze das richtige daneben oder darüber.

Schreibe Orts- und Personennamen besonders deutlich, am besten in lateinischer Schrift. Auch Zahlen sollen stets besonders deutlich geschrieben sein.

Schreibe niemals „gestern" oder „heute", gib lieber immer das betreffende Datum an.

Liefere, soweit als möglich, nur Originalberichte, nicht Zeitungsausschnitte, die von anderer Seite stammen.

Zum Schluß: Denke immer daran, daß auch die Verantwortung getragen werden muß, daß es ein Pressegesetz und ein Strafgesetz gibt.

Zeit für die sozialpädagogische Erziehung und Ausbildung bleibe.

Es sei das gute Recht der Unternehmervereinigungen und der Gewerkschaften, darüber zu wachen, daß durch den Freiwilligen Arbeitsdienst weder der freie Arbeitsmarkt noch das natürliche Gebiet der Notstandsarbeiten eingeschränkt und das überhaupt noch erreichbare Produktion- und Lohnvolumen nicht noch künstlich abgenagt würde.

Im übrigen geht der Vortrag noch auf die Fragen der Anwartschaften auf die versicherungsmäßige Unterstützung der Arbeitsdienstwilligen ein, wie wir sie in diesen Spalten schon behandelt haben. „Lehnt ein Arbeitsloser den Aufruf für den Freiwilligen Arbeitsdienst ab, so gilt er deshalb allein noch nicht als arbeitsunwillig. Scheidet er aus dem Arbeitsdienste aus, sei es freiwillig oder gezwungen, so wird ihm das allein nicht als Grund für den Verlust der Unterstützung angerechnet."

•

Die Bauarbeiterinternationale zum freiwilligen Arbeitsdienst.

Der Vorstand der Bauarbeiter-Internationale tagte kürzlich in Zürich. Aus dem Bericht des Sekretärs ging hervor, daß das Baugewerbe in allen Ländern von der Wirtschaftskrise betroffen ist. Ein Mitgliederverlust der angeschlossenen Organisationen war die Folge. Trotzdem fehlt es überall an billigen Wohnungen, an Kultur- und Verkehrsbauten sowie volkswirtschaftlich notwendigen Anlagen.

Zum Freiwilligen Arbeitsdienst nahm der Vorstand der B. I. folgende Stellung ein: „Der Freiwillige Arbeitsdienst, der die jugendlichen Arbeiter von der Straße wegbringen soll, ist ein Palliativmittel, das die durch das kapitalistische Wirtschaftssystem heraufbeschworene Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit nicht einmal mildern kann. Außerdem droht damit den Bauarbeitern die Gefahr, daß ihnen durch den Freiwilligen Arbeitsdienst Arbeitsgelegenheiten entzogen werden, für die sie beruflich zuständig sind. Aus diesem Grunde und auch deshalb, weil die im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten jungen Arbeiter dem moralischen Einfluß der Gewerkschaftsbewegung entzogen werden, lehnt der Gesamtvorstand der Bauarbeiter-Internationale diese Art der Arbeitsbeschaffung ab."

Für die Gewerkschaftsjugend

Gesang der werktätigen jungen Mädchen.

Uns weckt die Sonne nicht aus Lotterbetten,
Auch tragen wir nicht duftige Rosenketten
Zum tändelnden Zeitvertreib.
Das Lieben haben wir uns aufgespart,
In dieser tollen Zeit liegt Sehnsucht aufgebahrt,
Und Glück ist sternenweit.

Wir sind nur jenen Frevlern gram,
Die sonder Scham
Aus unserer Jugend Münze schlagen.
Wer uns den Mammon vor die Freiheit setzt,
Hat unsere Tatkraft unterschätzt:
Das goldene Ungeheuer totzuschlagen.

Alexander Merly.

Gewerkschaften u. Kommunistischer Jugendverband in der Sowjetunion.

Die russischen Gewerkschaften haben in den letzten Jahren alle Reste ihrer Selbständigkeit verloren und sich offen in untergeordnete Organe der Kommunistischen Partei verwandelt. Neuerdings tritt auch der Kommunistische Jugendverband immer häufiger in Erscheinung als eine Organisation, die die Gewerkschaften gewissermaßen zu bevormunden hat. Es sei dabei bemerkt, daß der Kommunistische Jugendverband der Sowjetunion mit der deutschen Kommunistischen Jugend keineswegs gleichzustellen ist: Der Verband umfaßt nämlich die jungen Kommunisten bis zu ihrem vollendeten 23. Lebensjahr und ist mit seinen mehreren Millionen Mitgliedern (er soll bereits rund fünf Millionen Mitglieder zählen) eine Art kommunistische Partei unterer Ordnung.

Charakteristisch für die neueste Entwicklung ist der Beschluß „über die Beteiligung des Kommunistischen Jugendverbandes an der Vorbereitung des 9. Gewerkschafts-Kongresses", den des Zentralkomitee des Verbandes im Frühjahr gefaßt hat („Trud" vom 24. Februar.) Der Beschluß legte allen örtlichen und bezirklichen Organen des Verbandes nahe, den Stand der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und Jugendschutzarbeit nachzuprüfen und sich mit Energie agitatorisch, propagandistisch und organisatorisch an der Vorbereitung des Kongresses zu beteiligen: insbesondere sollen bei diesen Gelegenheiten die Organe des Verbandes „eine breite politische Massenarbeit unter der Jugend entfalten, eine Initiative zur Bildung neuer Wirtschaftsrechnungsbrigaden, Brigaden „E. und Ue." („Einholen und Ueberholen") und zur Sammlung von Rationalisierungsvorschlägen in den Fonds der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der UdSSR. an den Tag legen und die gesamte Vorbereitungsarbeit zum Gewerkschafts-Kongreß der Erfüllung des Industrie- und Finanzplanes für 1932 unterordnen".

Vom freiwilligen Arbeitsdienst.

Vom Reichskommissar für den **freiwilligen Arbeitsdienst** sind unter dem 11. und 16. August die Bestimmungen über die von den Trägern der Arbeit und des Dienstes zu beobachtenden Verfahrensvorschriften erlassen worden. Als Träger des Dienstes werden vom Reichskommissau solche Verbände als besonders geeignet bezeichnet, die durch Gemeinschaftsideen, welche außerhalb des freiwilligen Arbeitsdienstes liegen, ihre Mitglieder zusammenfassen und in der Lage sind, für die Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes einen bestimmten Stamm von Arbeitsdienstwilligen zu stellen. Zum Arbeitsdienst können grundsätzlich nur Arbeitsdienstwillige bis zu 25 Jahren zugelassen werden. Als Meldestellen für Arbeitsdienstwillige sind in allen Fällen die Arbeitsämter bestimmt worden.

In einer Rundfunkrede am 8. August 1932 (abgedruckt im RABl. Nr. 24) verbreitete sich Ministerialdirektor Grieser des näheren über die praktische Seite des Freiwilligen Arbeitsdienstes.

Die Ausbildung der Führer geschehe am besten im Arbeitsdienste selbst. Grundlos seien die Befürchtungen wegen einer übermäßigen Arbeitszeit. Die normale Leistung ist der sechsstündige Arbeitstag, nicht etwa, weil eine längere Zeit nicht zugemutet werden könne: der Grund liege darin, daß genügend freie

Die bisherigen Kanzler des Deutschen Reiches.

Aus Anlaß des Regierungswechsels im Reiche dürfte es angebracht erscheinen, einen Ueberblick über die bisherigen deutschen Reichskanzler und die Reichskabinette zu geben.

Das Amt eines Reichskanzlers wurde geschaffen mit der Errichtung des Reiches. Erster Kanzler war:
Fürst Otto v. Bismarck bis 20. März 1890, ihm folgten:
General v. Caprivi bis 26. Oktober 1894,
Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst bis 17. Oktober 1900,
Fürst Bernhard v. Bülow bis 14. Juli 1909,
Theobald v. Bethmann-Hollweg bis 14. Juli 1917,
Michaelis bis 1. November 1917,
Graf Hertling bis 29. September 1918,
Prinz Max von Baden bis 9. November 1918.

Am 9. November 1918 übergab Prinz Max von Baden sein Amt dem Vorsitzenden des Hauptausschusses des Reichstages Friedrich Ebert. Nach dem ersten Rat der Volksbeauftragten (16. November 1918 bis 29. Dezember 1918), dem zweiten Rat der Volksbeauftragten (29. Dezember 1918 bis 13. Februar 1919) und dem Reichsministerium unter der Ministerpräsidentschaft Scheidemann (Soz) vom 13. Februar 1919 bis 21. Juni 1919 folgten Reichskanzler
Gustav Adolf Bauer (Soz.) bis 27. März 1920,
Hermann Müller (Soz.) bis 21. Juni 1920,
Constantin Fehrenbach (Ztr.) bis 10. Mai 1921,
Dr. Joseph Wirth (1. Kabinett) bis 26. Oktober 1921,
Dr. Joseph Wirth (2. Kabinett) bis 22. November 1922,
Dr. Wilhelm Cuno bis 13. August 1923,
Dr. Gustav Stresemann (DVP.), 1. Kabinett), bis 6. Okt. 1923,
Dr. Gustav Stresemann (2. Kabinett) bis 30. November 1923,
Dr. Wilhelm Marx (Ztr.), (1. Kabinett), bis 3. Juni 1924,
Dr. Wilhelm Marx (2. Kabinett) bis 15. Januar 1925,
Dr. Hans Luther (1. Kabinett) bis 20. Januar 1926,
Dr. Hans Luther (2. Kabinett) bis 17. Mai 1926,
Dr. Wilhelm Marx (3. Kabinett) bis 29. Januar 1927,
Dr. Wilhelm Marx (4. Kabinett) bis 29. Juni 1928,
Hermann Müller (2. Kabinett) bis 30. März 1930,
Dr. Heinrich Brüning (Ztr.) bis 30. Mai bzw. 1. Juni 1932.

Herr v. Papen ist also der 18. Kanzler des Deutschen Reiches. Das von ihm gebildete Kabinett ist einschließlich des Ministeriums Scheidemann das 18. seit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches.

Jack London

Die Insel Berande

Copyright 1927 by Universitas Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin. — Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61

(58. Fortsetzung.)

„Sie werden sich noch viel mehr gefallen lassen, ehe der Tag zu Ende ist" lautete die Antwort. „Ich sage Ihnen, Sie müssen einfach kämpfen. Ich will Ihnen eine ehrliche Gelegenheit geben, mich zu töten. Aber ehe der Tag zu Ende ist, werde ich Sie getötet haben. Hier gibt es keine Zivilisation. Wir sind hier auf den Salomons und daher ist mein Vorschlag auch ziemlich primitiv. König, Gesetz und Ordnung werden durch den Kommissar in Tulagi und durch ein gelegentlich herkommendes Kriegsschiff vertreten. Zwei Männer und eine Frau sind eine ebenso primitive Sache. Wir werden sie auf gute, alte, primitive Art und Weise austragen."

Scheldon sah ihn an, und der Gedanke stieg in ihm auf, daß doch an den wilden Abenteuern des andern an allen Enden der Welt etwas sein konnte. Dazu gehörte ein Mann von dieser Beschaffenheit, ein Mann, der es fertig brachte, im geordneten Leben des zwanzigsten Jahrhunderts einem andern ein Duell aufzuzwingen, um solche wilde Abenteuer zu erleben.

„Es gibt nur eine Möglichkeit, mich zum Schweigen zu bringen", fuhr Tudor fort, „ich kann Sie nicht direkt beleidigen, das weiß ich. Sie sind zu ruhig oder zu feige, oder beides. Aber ich kann Ihnen den Küstenklatsch erzählen, — da, jetzt habe ich Sie getroffen nicht wahr? Ich kann Ihnen sagen, was die Küste von Ihnen und diesem jungen Mädchen erzählt, das mit Ihnen zusammen als Teilhaberin eine Plantage bewirtschaftet."

„Halt!" rief Scheldon, denn der andere fing wieder an, vor seinen Augen zu tanzen. „Sie wollen ein Duell, Sie sollen es haben."

Dann lehnten sich sein gesunder Menschenverstand und seine Abneigung gegen das Lächerliche wieder dagegen auf, und er fügte hinzu: „Aber es ist ja albern, unmöglich!"

„Joan und David Teilhaber, was? Joan und David — Teilhaber", begann Tudor immer wieder in boshaftem spöttischen Ton zu wiederholen.

„Um Gotteswillen, seien Sie nur still, ich werde Ihnen Ihren Willen lassen!" schrie Scheldon. „Ich habe noch nie einen Narren gesehen, der sich so in seine Narrheit verrannt hätte. Was für ein Duell soll es denn sein? Sekundanten sind nicht da! Was für Waffen werden wir gebrauchen?"

Sofort ließ Tudor sein albernes Benehmen fallen und war wieder der kühle, beherrschte Weltmann.

„Ich habe oft gedacht, daß das ideale Duell von dem herkömmlichen abweichen müsse", sagte er. „Von der Art habe ich mehrere ausgefochten, wie Sie wissen."

„Französische", unterbrach Scheldon ihn.

„Nennen Sie sie so. Um aber auf dieses ideale Duell zurückzukommen, so ist es folgendermaßen: natürlich kein Sekundant. Kein Zuschauer. Nur die beiden Teilnehmer sind nötig. Sie können jede Waffe gebrauchen, die Sie wünschen. Von Revolver und Gewehr bis zu Maschinengewehr und Bumerang. Sie beginnen das Spiel aus der Ferne und nähern sich einander, wobei sie jede Deckung benutzen, sich zurückziehen, umgehen und Finten benutzen können — alles ist erlaubt. Kurz: die Teilnehmer machen Jagd aufeinander."

„Wie zwei Indianer?"

„Genau so!" rief Tudor erfreut. „Sie haben es erfaßt. Und Berande ist gerade der rechte Ort, und jetzt ist gerade die rechte Zeit dafür. Fräulein Lackland wird jetzt ihren Mittagsschlaf halten und denken, daß wir dasselbe tun. Bis sie aufwacht haben wir zwei Stunden zu unserer Verfügung. Also beeilen Sie sich und kommen Sie. Sie fangen am Balesuna an und ich am Berande. Die beiden Flüsse sind doch die Grenze der Plantage? Ausgezeichnet. Das Duell wird auf der Plantage ausgefochten. Keiner der Teilnehmer darf über ihre Grenzen hinausgehen. Sind Sie einverstanden?"

„Vollkommen. Aber haben Sie etwas dagegen, daß ich einige Befehle hinterlasse?"

„Durchaus nicht", willigte Tudor ein, der jetzt, als sein Wunsch in Erfüllung gegangen war, die Höflichkeit selbst war.

Scheldon klatschte in die Hände und ließ durch den erscheinenden Hausboy Adamu Adam und Noah-Noah holen.

„Hört", sagte Scheldon zu ihnen. „Dies Mann und mich haben einen großen Kampf heute. Vielleicht er sterben. Vielleicht ich sterben. Wenn er sterben, schön. Wenn ich sterben, ihr zwei sehen nach Missie Lackalanna. Ihr nehmen Büchsen, und ihr sehen nach ihr Tagzeit und Nachtzeit. Wenn sie sprechen wünschen mit Herrn Tudor, schön. Wenn sie nicht sprechen wünschen, ihr machen ihn halten fort. Savvee?"

Sie grunzten und nickten. Sie hatten viel mit Weißen zu tun gehabt und sich daran gewöhnt, sich nicht um das merkwürdige Tun dieser merkwürdigen Rasse zu kümmern. Wenn die beiden es für richtig hielten, sich gegenseitig zu töten, so war es ihre Sache und nicht die der Insulaner, die Befehle von ihnen erhielten. Sie traten an den Gewehrständer und nahmen jeder ein Gewehr heraus.

„Besser alle tahitanischen Männer haben Büchsen", schlug Adamu Adam vor. „Vielleicht groß Lärm kommen."

„Schön, ihr nehmen sie", antwortete Scheldon, der dabei war, Munition herauszunehmen.

Sie schritten durch die Tür und die Treppe herab, um die Gewehre in ihr Quartier zu bringen. Tudor hatte sich einen Patronengürtel für Gewehr und Pistole umgeschnallt, hielt das Gewehr in der Hand und wartete ungeduldig.

„Kommen Sie, machen Sie schnell, wir vergeuden das Tageslicht", drängte er, als Scheldon nach Reservestreifen für seine automatische Pistole suchte. Dann stiegen sie die Treppe herunter und begaben sich an den Strand, wo sie sich den Rücken zukehrten und jeder, das Gewehr im Arm, seinem Bestimmungsort zuschritt. Tudor nach dem Berande und Scheldon nach dem Balesuna.

Ein zeitgemäßes Duell.

Kaum hatte Scheldon den Balesuna erreicht, als er den schwachen Knall eines Gewehres in der Ferne hörte. Es war, wie er wußte, das Signal Tudors, daß er den Berande erreicht hatte, umgekehrt war und ihm jetzt entgegenkam. Zur Antwort feuerte Scheldon ebenfalls sein Gewehr in die Luft ab und begann vorzugehen. Er bewegte sich wie im Traum und hielt sich geistesabwesend am freien Strande. Die Geschichte war so albern, daß er sich zwingen mußte, sie für Wirklichkeit zu halten. Er dachte über die Unterredung mit Tudor nach und bemühte sich, das, was er jetzt tat, mit seinem gesunden Menschenverstand in Einklang zu bringen. Er wollte Tudor nicht töten. Daß dieser Mann bei seiner Kurmacherei einen Fehler begangen hatte, war kein Grund, daß er, Scheldon, ihm das Leben nehmen sollte. Denn um was handelte es sich überhaupt? Es war richtig: der Mensch hatte Joan durch seine letzte Bemerkung beleidigt und war dafür zu Boden geschlagen worden. Aber das war doch kein Grund, sich gegenseitig zu töten.

Während er so sann, legte er ein Viertel der Entfernung zwischen den beiden Flüssen zurück, bis ihm klar wurde, daß Tudor gar nicht am Strande war. Natürlich nicht. Er ging, den vereinbarten Bedingungen gemäß, im Schutze der Palmen vor. Scheldon schwenkte schnell nach links ab, um eine nahe Deckung zu suchen, als der schwache Knall eines Gewehrs an sein Ohr schlug und fast unmittelbar darauf eine Kugel hundert Fuß vor ihm auf den harten Sand schlug, abprallte, weiter sauste und ihn davon überzeugte, daß dies alles, so lächerlich und unnatürlich es an sich auch sein mochte, doch nüchterne Wirklichkeit war. Das war auf ihn gemünzt. Und doch war es kaum glaubhaft. Er blickte über die ihm vertraute Landschaft nach dem Meere, das sich in der leichten, gleichmäßigen Brise kräuselte. In der Richtung von Tulagi konnte er die weißen Segel eines Schoners erkennen, der, einen Schlag entfernt, auf Berande zu lag. Am Strande graste ein Pferd, und er fragte sich sinnlos, wo wohl die andern sein mochten.

(Fortsetzung folgt.)

Der Verbandstag des britisch. Nationalverbandes der Schuhmacher.

Der 43. Verbandstag der National Union of Boot u. Shoe Operatives fand in der Pfingstwoche dieses Jahres, vom 16. bis 21. Mai, in Brighton an der Kanalküste statt.

Es nahmen insgesamt 134 Personen an der Tagung teil, davon waren 77 gewählte Delegierte, die übrigen feldsoldeten Funktionäre des Verbandes, die auf Grund ihres Amtes zur Teilnahme berechtigt sind.

„Die Internationale Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter" war durch ihren Sekretär, den Genossen Simon, vertreten, der zu gleicher Zeit im Namen des Zentralverbandes der Schuhmacher an der Tagung teilnahm. Von den übrigen Landesorganisationen der Internationale waren vertreten: die dänischen und schwedischen Schuhmacher durch die Genossen Nielsen und Ahern; die tschechischen Schuh- und Lederarbeiter Prag durch den Genossen Trb.

Die Anwesenheit der ausländischen Gäste wurde auch diesmal wieder mit besonderer Genugtuung von den Delegierten begrüßt. In seiner Eröffnungsrede wies der Generalpräsident, Genosse Tomnley, darauf hin, daß der Verband vor 58 Jahren gegründet wurde. Seit 30 Jahren besteht für die Schuhindustrie ein Abkommen, das die Lohn- und Arbeitsbedingungen regelt und die Streitfälle zwischen Unternehmer und Arbeiter vor die Schlichtungsausschüsse bringt. Durch diese Art „Wirtschaftsfrieden" hat der neuen Generation von Schuharbeitern der eigentliche Sinn der Gewerkschaftsbewegung — der Kampfgeist — fast fremd geworden. Aber seit kurzem ist eine tiefgehende Veränderung der Verhältnisse eingetreten, die diesen Kampfgeist wieder wecken muß, wenn nicht alle Errungenschaften der Vergangenheit verloren gehen sollen.

Der Sturz der Labour-Regierung durch die Reaktion, wofür die finanziellen Schwierigkeiten nur ein Vorwand waren, zeigt die Gefahren für die Arbeiterklasse. Unaufhörlich steigt die Arbeitslosigkeit — die Regierung kürzt die Unterstützungen — das ist ihre neue Weisheit. Die Arbeiterklasse kennt die wirklichen Heilmittel der Wirtschaftskrise und ihrer Begleiterscheinung, der Arbeitslosigkeit; sie heißen: Sozialisierung der Industrie, Steigerung der Kaufkraft und Verkürzung der Arbeitszeit.

Entsprechend dieser Einführung konzentrierten sich die Verhandlungen ganz besonders auf zwei wichtige Probleme:

1. Die Taktik des Verbandes den Unternehmern gegenüber;
2. Die finanzielle Lage des Verbandes.

Zu Punkt 1 führt der Vorstandsbericht folgendes aus:

„Die Verhandlungen mit den Unternehmern über den Neuabschluß des Abkommens im Jahre 1931 haben dem Vorstand aller Deutlichkeit die Verschärfung der Verhältnisse gezeigt. Erst nach Monaten gelang eine Verständigung und wir mußten einen Lohnabbau in den Kauf nehmen. Es ist eine ganz neue Lage vorhanden, die dauernd unsere schärfste Aufmerksamkeit erfordert.

Die allgemeine Wirtschaftskrise und das finanzielle Chaos werden von den Unternehmern als die primäre Ursache des Lohnabbaus angesehen. Wir sind weit davon entfernt, diese Faktoren zu unterschätzen, aber sie sind nicht allein maßgebend für die neue Haltung der Fabrikantenverbandes. Die Unternehmer bauen auf den Mangel an Kampfgeist in unserem Verband. In der langen Periode der Schlichtungspraxis ist den Mitgliedern jede Verantwortung abgenommen worden und außerdem sind die eigentlichen Grundsätze der Gewerkschaftsbewegung in Vergessenheit geraten. Man kann sagen, daß 75 Prozent unserer Mitglieder nicht wissen was ein Wirtschaftskampf ist. Die neue Generation kennt nur die friedliche Beilegung der Streitigkeiten . . .

Wie können wir diesen Zustand ändern? — Wir müssen diese wirtschaftsfriedliche Gesinnung unserer Mitglieder bekämpfen — den Kampfgeist wachrufen und das Gefühl der Mitverantwortung stärken — in den Versammlungen und in persönlicher Aussprache — mit allen Mitteln und bei jeder Gelegenheit."

In der lebhaften Diskussion über dieses Problem unterstützten die meisten Redner die Forderung des Vorstandes und dieser wurde durch eine starke Majorität beauftragt, ein genaues Programm über die neue Taktik des Verbandes auszuarbeiten.

Die finanzielle Lage: Der neue Generalsekretär des Verbandes, Genosse Geo Chester, hatte den Delegierten im Rahmen des Vorstandsberichtes ein reiches und anschauliches Material über die finanzielle Lage des Verbandes unterbreitet.

Das Gesamtvermögen des Verbandes ist in den letzten zwei Jahren um £ 2257 auf £ 452 929 zurückgegangen. Der Fonds für die Krankenunterstützung, der getrennt geführt wird, weist Einnahmen und Ausgaben eine gewisse Stabilität auf. Anders der allgemeine Haushaltsfonds (Trade Fund), aus dem alle anderen Unterstützungen fließen. Die beständig zunehmende Arbeitslosigkeit hat hier einen jährlich wachsenden Fehlbetrag verursacht. Der Verlust beträgt in den letzten zwölf Jahren, von 1919 bis 1931, insgesamt £ 120 000, in den letzten zwei Jahren £ 20 111 (nach dem Goldstandard = 400 000 RM). In diesen zwölf Jahren wurden allein an Erwerbslosenunterstützung £ 781 881 ausgezahlt, im Jahresdurchschnitt £ 65 156.

Die Gesamtausgabe an Unterstützungen hat in den Jahren 1930 und 1931 das Gesamteinkommen an Beiträgen und Eintrittsgeldern um 8 bzw. 7,7 Prozent überschritten. Die Arbeitslosenunterstützung beanspruchte in den letzten drei Jahren fast das gesamte Einkommen an Beiträgen, die übrigen Anforderungen mußten aus den Zinserträgen gedeckt werden.

Der Vorstand sah sich also vor eine schwierige Lage gestellt, zumal ja auch die allgemeine Stellung des Verbandes gegenüber den Fabrikanten ernste Berücksichtigung erforderte, wie vorher ausgeführt.

Er hatte deshalb schon ab Juli 1931 im Einverständnis mit einer bedeutenden Mehrheit der Zahlstellen eine Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung von 18 s auf 16 s die Woche für männliche Vollmitglieder durchgeführt (entsprechend wurden die Sätze für Frauen vermindert), und der Verbandstag erkannte diese Maßregel an. Eine weitere Beschränkung für den Bezug der Erwerbslosen- und Krankenunterstützung wurde für neu eingetretene Mitglieder beschlossen, die in der Hauptsache die jüngeren Mitglieder trifft.

Es ist in diesem Zusammenhang angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Beiträge im Nationalverband der britischen Schuhmacher verhältnismäßig niedrig sind. Für männliche Mitglieder aller Altersklassen beträgt der Wochenbeitrag 1 s.

Der Generalsekretär, der zugleich Kassierer ist, hatte berechnet, daß 50 826 Mitglieder in 33 Zahlstellen in den drei letzten Jahren im Durchschnitt 11 s mehr an Unterstützung erhalten hatten, als sie an Beiträgen eingezahlt hatten. Er erklärte wörtlich:

„Wir dürfen die Tatsachen nicht übersehen. Wenn wir den Verband wieder zu einem Instrument des Kampfes machen wollen, müssen wir auch finanziell dafür gerüstet sein. Die Kampfpolitik wird zu Konflikten führen, auf alle Fälle für einige Jahre, bis sie ihre Wirkung auf die Unternehmer getan hat."

Der Mitgliederstand hat sich seit zehn Jahren fast immer auf der gleichen Höhe gehalten, ganz besonders in den letzten Jahren ist die Schwankung der Mitgliederzahl ganz unbedeutend gewesen, trotz der überhandnehmenden Arbeitslosigkeit. Sie beträgt rund 80 000.

Die Arbeitslosigkeit in der britischen Schuhindustrie hat eine betrachtliche Höhe erreicht. Im vergangenen Jahre waren im Durchschnitt ⅓ aller Beschäftigten arbeitslos. Der Anteil der arbeitslosen Mitglieder des Verbandes ist nicht so hoch; etwa zehn Prozent der Mitglieder waren im letzten Jahre durchschnittlich als arbeitslos gemeldet.

Die Politik der Labour-Regierung wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Der Genosse W. R. Smith, der parlamentarischer Sekretär in der Labour-Regierung gewesen war, wies in wirkungsvoller Rede ungerechte Angriffe zurück. Er sagte: „Die Labour-Regierung ist gescheitert an Ereignissen und Zuständen, die außerhalb ihrer Machtsphäre lagen. Sie war nicht verantwortlich zu machen für die Ueberhandnahme der Weltkrise, die durch eine Politik hervorgerufen worden ist, deren Gegner die Führer der Labour-Partei stets gewesen sind — die Politik der Kriegsschulden, Reparationen und Zölle.

Wenn wir nicht endlich Schluß machen mit diesen verkehrten Maßnahmen, wird das Elend der Völker kein Ende nehmen."

Die radikale Opposition war nur schwach vertreten. Ihr Haupt-

Die Lederindustrie im Jahre 1931.

Die Produktion der Lederindustrie ist in dem Krisenjahr 1931 weiter gesunken. Sie war mengenmäßig um 7 v. H. niedriger als im Jahre 1930[1]) und um 11 v. H. geringer als 1929. Wertmäßig war die Produktionsschrumpfung erheblich größer; der Wert der Erzeugung verminderte sich gegen die beiden Vorjahre um 26 bzw. 36 v. H. Der Absatzrückgang erstreckte sich sowohl auf das Inland als auch auf das Ausland. Es betrug

Gegenstand	1929	1930	1931	1929	1930	1931
	Menge (in Mill. kg)			Wert (in Mill. RM)		
Lederproduktion	117,4	111,8	103,8	795,9	685,9	566,8
Einfuhr	7,7	7,6	6,6	84,8	76,7	55,7
Zusammen	125,1	119,4	110,4	880,2	762,6	564,5
Ausfuhr	16,7	16,4	14,9	270,3	237,0	178,8
Inlandsverbrauch	108,4	103,0	95,5	609,9	525,6	385,7

Die Zahl der tätigen Betriebe hat sich im Jahre 1931 weiter um 63 verringert. Sie betrug 952 gegen 1215 im Jahre 1928. In den Betrieben waren durchschnittlich 33 152 berufsgenossenschaftlich versicherte Personen tätig, an die 71,3 Millionen RM Löhne und Gehälter gezahlt wurden. Die Zahl der beschäftigten Personen hat sich seit 1928 um mehr als ein Fünftel verringert. Die durchschnittliche Produktion je beschäftigte Person betrug der Menge nach ebenso wie in den Vorjahren 3100 Kilogramm, wertmäßig dagegen 15 900 RM gegen 19 000 RM im Vorjahr und 22 300 RM im Jahre 1928.

Verbrauch an Häuten und Fellen im Jahre 1931.

Gegenstand	Trockene, auch trocken gesalzene t	Grüne und naß gesalzene t	Gegenstand	Trockene, auch trocken gesalzene t	Grüne und naß gesalzene t
Rohhäute	273	11 807	Rehfelle	226	2
Rind(häute[1])	20 241	140 851	Elentierfelle	15	66
Kalbfelle	499	32 726	Fleischhaute[2])	16	1 181
Ziegenfelle	3 395	586	Hundefelle	90	216
Zickelfelle	852	—	Schweinshäute	—	251
Schaffelle	4 777	8 742	Krokodil-, Eidechsen-, Schlangenhäute	42	126
Lammfelle	2 800	45	Sonstige Häute		
Schweinsfelle	25		Felle	35	58
Gazellenfelle	62	—	Insgesamt	32 959	191 611
Renntierfelle	44	—			
Hirschfelle	68	4			

[1]) Einschl. Büffelhäute, Kipse usw. — [2]) roh bezogen.

In der Zusammensetzung des Verbrauchs an Häuten und Fellen sind gegen das Vorjahr bemerkenswerte Veränderungen nicht zu verzeichnen. Es wurden 33 (34) Mill. kg trockene und trocken gesalzene sowie 192 (212) Mill. kg grüne und naß gesalzene Häute verarbeitet. Der Wert der verbrauchten Häute und Felle belief sich auf 272 (388) Mill. RM. An vorgegerbten Schaf-, Ziegen-, Lamm- und Zickelfellen wurden 1,0 (1,2) Mill. kg im Wert von 5,5 (9,5) Mill. RM verarbeitet.

Der Wert der verbrauchten Gerb- und Hilfsstoffe betrug 55 (66) Millionen RM. In der Verwendung von Gerbrinden zeigt sich ein weiterer Rückgang bei den Fichtenrinden und eine Zunahme bei den Mimosa-, Maleto-, Mangrove- und ähnlichen Rinden. Der Rückgang bei den ersteren betrug seit 1928 mengenmäßig 39 v. H., die Zunahme bei den letzteren 44 v. H. Bei dem Verbrauch von Auszügen ergibt sich wieder eine Zunahme der festen Auszüge, deren Menge auch absolut höher war als im Vorjahr, während die verarbeitete Menge flüssiger Gerbstoffe geringer war. Auch der Verbrauch von Farben hat weiter zugenommen, was mit der herrschenden Mode zusammenhängen dürfte.

Verbrauch an Gerb- und Hilfsstoffen im Jahre 1931.

Gegenstand	t	Gegenstand	t
Gerbrinden		aus Sumach, Gallapfeln u.a.	
Eichenrinden	38 922	flüssig	4 652
Fichtenrinden	27 091	fest	2 887
Andere Rinden	28 294	Künstliche Gerbmittel	
Quebracho- und anderes Gerbholz	18 142	Synthetische Gerbstoffe	1 498
		Sulfitcellulosepablauge	3 416
Eichenkoppern, Sumach, Katechu, Kino u.ä.	15 872	Chromgerbmittel	
		Chromsalze	6 618
Vegetabilische Gerbstoffauszüge		Sonstige (Säuren, Antichlor usw.)	7 732
		Alaun	999
aus Holz und Rinde von Eichen, Fichten und Kastanien		Gewerbesalz	13 809
		Eigelb	316
		Leinöl u. Leinölfirnisse	687
flüssig	6 740	Sonstige Öle u. Fette	7 064
fest	4 214	Andere Gerbmittel und Hilfsstoffe (Enthaarungs-, Beiz- und dgl. Mittel)	33 810
auch Quebrachoholz			
flüssig	7 071		
fest	22 569	Farben	2 427

Von der Gesamterzeugung waren wertmäßig 53 v. H. lohgare Leder gegen 51 v. H. im Vorjahr. Die chromgaren Leder machten insgesamt 44 (46) v. H. der Erzeugung aus. Bei dem Lackleder allein betrug der Anteil der chromgegerbten Leder 88 (92) v. H., bei dem Oberleder 85 (87) v. H.

Bei dem Unterleder war der Produktionsrückgang — besonders gegen 1929 — geringer als im Durchschnitt. Er betrug gegenüber den beiden Vorjahren nur rund 4 v. H., während die Produktion der übrigen Lederarten im Durchschnitt um 10 v. H. gegen das Vorjahr und um 20 v. H. gegen 1929 zurückblieb. Besonders groß ist die Produktionsverminderung bei dem technischen Leder. Sie betrug hier seit dem Vorjahr 29 v. H. und seit 1929 46 v. H. Ueber die Entwicklung des Inlandsverbrauchs der wichtigsten Lederarten gibt die folgende Uebersicht Aufschluß. Es betrug

Gegenstand	die Produktion		der Einfuhr (+) bzw. Ausfuhrüberschuß (–)	der Inlandsverbrauch	
	1000 kg	v. H.	1000 kg	1000 kg	v. H.
Unterleder	1930	59 775	100,0	+ 1 762	61 537	100,0
	1931	57 119	95,5	+ 1 165	58 284	94,7
Oberleder	1930	20 067	100,0	– 6 218	13 849	100,0
	1931	17 726	88,6	– 5 970	11 756	84,9
Lackleder	1930	3 674	100,0	– 1 564	2 110	100,0
	1931	2 822	76,8	– 1 372	1 450	68,7
Treibriemenleder	1930	3 040	100,0	+ 626	3 666	100,0
	1931	2 196	72,2	+ 359	2 555	69,7
Handschuhleder	1930	896	100,0	– 131	765	100,0
	1931	885	98,8	– 154	731	95,6
Sonstige Leder	1930	24 361	100,0	– 3 248	21 113	100,0
	1931	23 094	94,7	– 2 302	20 762	98,3

Erzeugung an Leder für eigene Rechnung im Jahre 1931	Insgesamt				Lohgar		Chromgar und kombiniert		Weißgar		Sämischgar u.a.	
Lederart	Menge t	v. H.	Wert 1000 RM	v. H.	Menge t	Wert 1000 RM	Menge t	Wert 1000 RM	Menge t	Wert 1000 RM	Menge t	Wert 1000 RM
Unterleder	57 119	55,0	170 811	33,6	56 661	168 200	458	2 611	0	0	—	—
Futterleder	678	0,7	3 646	0,7	634	3 188	34	330	10	128	—	—
Oberleder	17 726	17,1	189 857	37,3	4 459	20 744	13 214	168 649	53	482	0	2
Sattler-, Möbel- und Feinleder	5 844	5,6	40 135	7,9	5 407	34 779	370	4 745	20	256	38	355
Lackleder	2 822	2,7	38 564	7,6	526	4 550	2 296	34 014	—	—	—	—
Technisches Leder	3 106	3,0	14 508	2,8	2 410	11 208	313	1 589	8	85	375	1 621
Handschuhleder	885	0,9	13 521	2,7	—	—	229	3 165	587	8 588	119	1 828
Pergament- und Trommelleder	27	0,0	142	0,0	2	8	—	—	—	—	25	134
Gegerbte Spalte	4 681	4,5	13 592	2,7	2 990	6 548	1 692	6 770	1	2	48	277
Gegerbte Abfälle	10 724	10,3	28 082	4,5	8 753	19 136	1 960	8 924	—	—	11	22
Schafleder (Halbfabrikat)	235	0,2	859	0,2	220	807	—	—	14	47	1	5
Anderes Leder	15	0,0	44	0,0	15	44	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	103 812	100,0	506 756	100,0	82 077	269 207	20 466	225 797	652	9 518	617	4 239

Auch wertmäßig war die Produktionssenkung gegen das Vorjahr mit je 38 v. H. bei Lackleder und technischem Leder am größten. Bei den dem Produktionswert nach bedeutendsten Gruppen, dem Oberleder und Unterleder, betrug der wertmäßige Produktionsrückgang 25 bzw. 19 v. H. Im Durchschnitt aller übrigen Leder machte er 25 v. H. aus. Der Wert der gewonnenen Nebenerzeugnisse war um 43 v. H. geringer als im Vorjahr und belief sich auf 4,7 Mill. RM für Leimleder und 5,7 Mill. RM für Haare, Wolle und sonstige Abfälle. — Von dem Absatz der Lederfabriken gingen für 372 Mill. RM in das Inland und für 143 Mill. RM in das Ausland, das sind 72,2 bzw. 27,8 v. H. des Gesamtabsatzes, gegen 71,5 bzw. 28,5 v. H. im Vorjahr.

Mit Einschluß der indirekten Ausfuhr durch den Handel ergibt sich ein Gesamtausfuhrwert von 179 Mill. RM und somit ebenso wie im Vorjahr insgesamt eine Exportquote von rund 35 v. H. („Wirtschaft und Statistik").

[1]) Vgl. „W. u. St.", 11. Jg. 1931, Nr. 17, S. 623.

Vom Ausland.

Die britische Konferenz in Ottawa.

Der Text der Vereinbarungen, die auf der britischen Reichskonferenz in Ottawa zwischen den einzelnen Gliedstaaten getroffen worden, ist jetzt veröffentlicht worden. Das Dokument zeigt, daß Verträge zwischen England auf der einen und Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Südrhodesia und Neufundland auf der anderen Seite abgeschlossen wurden. Die Laufzeit aller dieser Verträge beträgt fünf Jahre. Der Text der Vereinbarungen gibt, soweit sie England betreffen, die Vorzüge wieder, die dem jeweiligen Vertragspartner eingeräumt werden. Die Einzelheiten über die bevorzugte Behandlung, die von seiten der Dominien gewährt werden, sollen jedoch erst später veröffentlicht werden. Alle Verträge sehen vor, daß für die Dauer von drei Jahren Eier, Geflügel, Butter, Käse und andere Molkereierzeugnisse frei nach England eingeführt werden können. England behält sich das Recht vor, nach drei Jahren die Grundbedingungen der bevorzugten Behandlung der Dominien einer neuen Betrachtung zu unterziehen und entweder den innerhalb der bevorzugten Betrachtung liegenden Zolltarif auf Erzeugnisse aus den Dominien einzuführen oder eine Kontingentierung der Einfuhr nach England, durch die alle Länder betroffen werden sollen, anzuwenden. Weiter verpflichtet sich England, den zur Zeit bestehenden Zolltarif auf ausländische Waren nicht ohne Zustimmung der Regierungen der Dominien zu ändern. Die Dominien, die Industrien besitzen, verpflichten sich, nur die Industriezweige durch Zölle gegen englische Erzeugnisse zu schützen, bei denen sie die Gewißheit haben, daß sie sich erfolgreich entwickeln werden.

wortführer war ein Funktionär der Zahlstelle London. Es wurde versucht, die Bestimmung rückgängig zu machen, wonach kein Kommunist einen Posten im Verband bekleiden darf. Aber das Vorgehen war ganz aussichtslos.

Revision des Abkommens: **Verhandlungen über den Neuabschluß des Tarifvertrages** sind im Oktober dieses Jahres fällig. Die Forderungen, die der Vorstand vorzulegen beabsichtigt, betreffen in der Hauptsache die Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden die Woche. Die 40-Stunden-Woche würde nach Ansicht des Vorstandes auf den erbitterten Widerstand der Unternehmer stoßen und gar keine Aussicht auf Annahme haben. Dann Neuregelung der Zeit- und Akkordlöhne und ihre Erhöhung, wobei während des Zustandes der labilen Währung der Lebenshaltungsindex als Grundlage beizubehalten wäre. Die Vorschläge des Vorstandes wurden von den Delegierten gutgeheißen.

Der Verlauf der Tagung und die Diskussion führte die Macht und Geschlossenheit des britischen Bruderverbandes wieder eindringlich vor Augen und erbrachte viele Beweise der Einsicht und der vorbildlichen Disziplin der Mitglieder. Die neue Politik, die der Vorstand einleiten will, fand volles Verständnis. Die Tagung war für die ausländischen Delegierten von außerordentlichem Interesse und zeigte aufs neue die enge Verbundenheit der Arbeiter der verschiedenen Länder. Eine ganze Reihe von Problemen kann endgültig nur auf internationaler Grundlage gelöst werden — diese Einsicht wird immer mehr Gemeingut der Arbeiterbewegung.

Ew.-Sch.

Der Sieg der belg. Arbeiterschaft.

Der Großkampf der belgischen Arbeiterschaft, der mit ihrem vollständigen Sieg endete, wurde unter den ungünstigsten Verhältnissen ausgefochten. Es gibt in diesem kleinen Land mehr als dreihunderttausend Arbeitslose, und obwohl sich Belgien in der Krise widerstandsfähiger erwies als die meisten anderen Industrieländer, so hat sich die Krise auch in diesem Lande in letzter Zeit sehr verschärft. Die streikenden Bergarbeiter von Borinage und die Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie im Bezirk Charleroi, die in Sympathiestreik mit den Bergarbeitern traten, mußten gegen zwei Fronten kämpfen, gegen die Unternehmer und gegen die Regierung.

Die Unternehmer wollten **Lohnherabsetzungen** durchführen, obwohl die belgischen Bergarbeiterlöhne wirkliche Hungerlöhne sind. Auch weigerten sie sich, die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten durch **Arbeitsstreckung** auf eine größere Zahl von Arbeitern zu verteilen. Gleichzeitig drohten aber die Erhöhung des **Brotpreises** und die Herabsetzung der **Arbeitslosenunterstützung** durch Verschärfung der Unterstützungsbedingungen. In Belgien herrscht das sogenannte Genter System der Arbeitslosenunterstützung, bei dem die Gewerkschaften ihre Mitglieder unterstützen und zu diesem Zweck vom Staat Zuschüsse erhalten.

Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften erklärten sich mit den Streikenden solidarisch und übernahmen die Streikführung. Die Arbeiterschaft hat sich gegen die Unternehmer, die den Widerstand der Arbeiter mit Streikbrecher beseitigen wollten und die durch das Aufgebot der Gendarmen und durch Militär unterstützt wurden, glänzend behauptet. Die Ankündigung des Generalstreiks für ganz Belgien stand bevor. Der unerschütterliche Kampfwille der belgischen Arbeiterschaft führte zu einem völligen Sieg.

Zuerst verpflichteten sich die **Bergwerksbesitzer**, dann die übrige Schwerindustrie, die Löhne bis Mitte November nicht zu senken. Es gelang auch, die Gefahr der Brotverteuerung und die Senkung der Arbeitslosenunterstützung abzuwehren und bindende Zusagen für eine Arbeitszeitverkürzung zu erhalten.

Zum Wirtschaftsplan der Reichsregierung.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich mit den in der Rede des Reichskanzlers von Papen vom 28. August angekündigten wirtschaftspolitischen Plänen der Reichsregierung. Einmütigkeit bestand darin, daß diese Pläne die Gewerkschaften zu **schärfster Abwehr** herausfordern müssen. Entschieden bekämpfen die Gewerkschaften vor allem die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den **Tariflohn** nach erfolgten Neueinstellungen von Arbeitskräften für alle Betriebsangehörigen zu senken. Durch die Lohnkürzungen der letzten Jahre ist das Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen bereits weit unter den Betrag gesunken, der zur Erhaltung der notdürftigsten Existenz unentbehrlich ist. Weitere Lohnsenkungen würden eine **unerträgliche Verschärfung der sozialen Bedrängnis der arbeitenden Bevölkerung** sowie eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Konsumentenmassen und **neue, gesteigerte Arbeitslosigkeit** zur Folge haben. Die beabsichtigte Kürzung der Löhne steht auch im

Widerspruch zu der vom Reichskanzler in seiner Rede in Münster abgegebenen Erklärung,

daß es der Sinn des Regierungsprogramms sei, **der Deflationspolitik** ein Ende zu machen.

Ueberdies ist der **Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der** Regierung verfolgte Ziel, einen Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es bei der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 RM für jeden neueingestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des Gesamtplanes der Regierung **kann auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden,** ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Planes zu schmälern. Und auf die Kürzung der Löhne muß verzichtet werden, wenn die Reichsregierung der

Mahnung des Herrn Reichspräsidenten,

sie möge darauf achten, „daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert **und der soziale Gedanke gewahrt bleibe**", gerecht werden will.

Der Zweck, Arbeitslose in Arbeit zu bringen, würde wirkungsvoll gefördert werden, wenn die in Aussicht genommene Steuerrückerstattung ausschließlich auf solche Betriebe beschränkt bliebe, die durch Neueinstellungen von Arbeitskräften bei der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit mitwirken. Durch eine solche Aenderung des Planes der Reichsregierung würden von der Summe von 1,5 Milliarden aus Steuermitteln, die nach dem Programm des Kabinetts in vollem Umfange bedingungslos angerechnet werden soll, erhebliche Beträge **frei werden,** die zur Ingangsetzung und Förderung von **öffentlichen Arbeiten,** also zu **echter Arbeitsbeschaffung im Sinne der bekannten Forderungen der Gewerkschaften** Verwendung finden müßten.

Konjunkturinstitut über Häutepreissteigerung.

Das Institut für Konjunkturforschung untersucht in seinem neuen Vierteljahrsheft die Konjunkturlage in einzelnen Wirtschaftszweigen. Ueber die Lederwirtschaft wird ungefähr folgendes ausgeführt:

In der Leder- und Schuhindustrie sind Produktion und Beschäftigung weiter abwärts gerichtet. Die Ledererzeugung hält sich unter Schwankungen etwa auf gleichbleibendem Stand. Die Steigerung der Häutepreise in den letzten Wochen war zum Teil saisonbedingt; doch kommt darin gleichzeitig die sich anbahnende Konsolidierung des Verhältnisses zwischen Häuteangebot und Häuteverbrauch zum Ausdruck.

Literatur

Der „Wahre Jacob" ist wieder da! Nach vierwöchiger Verbotsdauer ist nunmehr der „Wahre Jacob", das alte Witzblatt der Arbeiterschaft, wieder erschienen. Die neueste Nummer erscheint als Sonderausgabe unter dem Titel: „Wieder in Freiheit!" In der alten frechen und unbekümmerten Weise, ohne irgendwelche Zeichen der Reue, wird zu dem Verbot selbst Stellung genommen, mit Erinnerungen und Streubildern wird nicht nur dieses, sondern die gesamte Reaktion karikiert. Das Heft kostet ganze 15 Rpf. Sicherlich eine ausgezeichnete Verwendung von anderthalb Groschen.

„Gesundheit". Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. „Die Sommerreise zu Hause" ist das mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Not äußerst aktuelle Hauptthema der August-Nummer der „Gesundheit", der an den Schaltern der Krankenkassen kostenlos verteilten Monatsschrift für die Interessen des werktätigen Volkes. Arzt und Hausfrau äußern sich und geben praktische Ratschläge für die Ausnutzung der Ferientage. „Typhus — Paratyphus — Ruhr" sind bekanntlich in der Hauptsache Sommerkrankheiten. Darum ist es zu begrüßen, daß gerade jetzt die notwendigen Vorbeugungsmaßnahmen breiten Schichten bekanntgegeben werden.

Volksfunk — Arbeiterfunk. Jeder, der sich die Reise nach Berlin und den Besuch der Funkausstellung nicht leisten kann, kann sich darüber für 25 Rpf. informieren, wenn er nämlich das neueste Heft des „Volksfunk" mit seinen rund 70 Bildern ansieht. Gleichzeitig bekommt man technische, ärztliche und hausfrauliche Ratschläge, Vorschau, Rückschau und Einführungen in das ausführliche Europaprogramm, und genießt beim Abonnement eine kostenlose Geräteversicherung. Der „Volksfunk" kann bei jeder Postanstalt für 86 Rpf. frei Haus, wie auch bei jeder Buchhandlung bestellt werden. Kostenlose Probehefte fordert man vom Ve... SW 68.

Die Ferienheime der Adele.

Urlaub und Ferien sind in diesem Jahre in vielen Fällen auf den Spätsommer und Herbst verlegt. Die Heime der Adele im Thüringer Wald, im sächsischen Erzgebirge und der Mark Brandenburg waren im Sommer trotz der Krise stark besucht. Wer noch Ferien in diesem Jahre vor sich hat, verlange den Prospekt der Adele. Der Pensionspreis beträgt 3.50 RM bis 4.50 RM, je nach dem Heim bei voller Verpflegung. In dem Pensionspreis ist das Bedienungsgeld enthalten. Auskunft erteilt: Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime mbH., Sitz Jena, Marienstraße 4.

Gegen die Kulturreaktion. Im letzten Heft der „Sozialistischen Bildung" wendet sich O. Berg in einem Artikel „Kulturbolschewismus oder Kulturfaschismus?" gegen das neue Schlagwort „Kulturbolschewismus". Was früher Reaktion war, ist heute Faschismus, was früher Kulturreaktion war, ist heute Kulturfaschismus". Im engen Zusammenhang mit diesem Aufsatz steht der Artikel von Spectator „Zur kulturpolitischen Situation" in der Beilage „Sozialistische Erziehung". Wichtig für die praktische Bildungsarbeit ist ein Aufsatz von E. Ollenhauer „Der freiwillige Arbeitsdienst", in dem auf die neuen Aufgaben der Arbeiterbildung in den Arbeitsdienstlagern hingewiesen wird. Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung" ist zum Preise von 1.50 RM für ein Vierteljahr durch die Post zu beziehen.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Verlag ADGB., Berlin S 14, Inselstraße 6. Abonnementspreis vierteljährlich 2.85 RM. — Das soeben erschienene achte Heft des neunten Jahrganges enthält folgende Aufsätze: Probleme der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsmarktpolitik. — Sozialisierung der Landwirtschaft. — Wege zur Planwirtschaft. — Probleme der Goldwährung. —

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 4. bis 10. Sept. ist der 37. Beitrag fällig

Adressenänderung.

Cleve i. Rheinland: Büro jetzt Klosterstraße 6.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg. Redaktion: Otto Trefflich, Nürnberg 4 (Abholfach). — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon, Nürnberg).

Schuhindustrie und -Handwerk.

Lederzölle erhöht.

Für Zickel- und Ziegenleder über 100 Prozent.

Im Reichsgesetzblatt Nr. 56 vom 30. August wird eine umfangreiche Zusammenstellung neuer Zölle — nicht weniger als 115 Positionen — veröffentlicht. Die Zollerhöhungen erstrecken sich so ungefähr auf alle Gebiete industrieller Betätigungen. Für unsere Branche ist die nachfolgende Aenderung von Bedeutung:

Zunächst sind die Zölle für enthaarte, halb- oder ganzgare **nicht weiter zugerichtete** Schaf- oder Lammfelle der Zollposition 544 vervierfacht worden, der **Zollsatz beträgt jetzt also 12 RM je Doppelzentner.** Der Zollsatz für die Einfuhr von zugerichteten Zickel- und Ziegenledern der Position 549 wurde von 80 RM auf 200 RM je Doppelzentner erhöht. Dafür ist für zugerichtete **Ziegen-, Zickel-, Schaf- und Lammleder** eine Bestimmung neu vorgesehen, die den Zollsatz für Leder der bezeichneten Art zur weiteren Bearbeitung an Lederzurichtereien unter Zollsicherung auf 3 RM für 100 Kilogramm im allgemeinen und auf 100 RM je 100 Kilogramm im autonomen Tarif **herabsetzt.**

Zahlreiche **Chemikalien,** die für den Produktionsprozeß von Bedeutung sind, wurden dagegen wieder **mit höheren Zöllen belastet.**

Nachklänge zum Nürnberger Schuhmacher-Innungstag.

Die Ergebnisse des in Nürnberg abgehaltenen **Allgemeinen deutschen Schuhmachertages,** an die wir bereits den kritischen Maßstab anlegten, werden auch sonst in Fachkreisen ablehnend besprochen. Insbesondere, daß man so laut, aber ohne jede Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse **gegen die Gewerbefreiheit** zu Felde zog, kann nicht die ungeteilte Anerkennung der Fachkreise finden. Die in Nürnberg erfolgte Stellungnahme, so bemerkt z. B. die Berliner „Lederzeitung", sei zu bedauern, und zwar gerade vom Standpunkt des Schuhmacherhandwerks selbst. Das Blatt verweist darauf, daß von der Selbsthilfe jedenfalls mehr zu erwarten sei als von einer Bekämpfung des Fortschritts und widmet dann den Nürnberger Beschlüssen folgende Bemerkungen:

„Der Hauptkampf, und zwar gerade seitens des Reichsverbandes des Deutschen Schuhmacherhandwerks, galt bisher den mechanischen Schuhreparaturbetrieben. Gegen sie richtet sich auch die **Resolution,** die der Gewerbefreiheit zu Leibe rücken will. **Es ist ein Kampf gegen Windmühlen** und — gegen das Schuhmacherhandwerk selbst. Denn jeder Meister weiß, daß er auf die Dauer nicht gegen die Maschine und deren Leistungen ankämpfen kann, und jeder Meister, der es irgend vermag, schafft sich Maschinen an. Der Reichsverband hat den besten Beweis dafür, daß es ohne mechanische Betriebe nicht mehr geht, mit dem ebenfalls in Nürnberg gefaßten Beschluß geliefert, eine eigene Fachgruppe **für mechanische Schuhreparaturbetriebe** einzurichten. Leider dürfte dieser an sich begrüßenswerte Beschluß zu spät kommen. Denn seit Jahren **gibt es einen Reichsverband dieser Betriebe und ihm gehören gerade die fortschrittlichen Schuhmachermeister an."**

Neueste Erfindungen aus der Schuh- u. Lederbranche

Mitgeteilt vom Patentbüro Ingenieur Müller & Co., G. m. b. H., Leipzig, Härtelstraße 25. — Patentberater zahlreicher industrieller Verbände und Organisationen.

Erteilte Patente

550 099. Johanna Drößler, geb. Zscheile, Dresden, Lindengasse 18: Badeschuh aus Kork. — 550 467. Richard Rindchen, Pirmasens i. d. Pfalz: Schuh. — 550 040. Johanna Drößler, geb. Zscheile, Dresden, Münchener Straße 5: Verfahren zur Herstellung von Fußbekleidungen mit quergeteilter, mit einer Brandsohle verklebter Holzsohle. — 550 041. Dr. Karol Mayer, Poznan (Polen), Polen: Schuhböden mit pneumatischer Ein- oder Unterlage. — 550 468. United Shoe Machinery Corporation, Paterson u. Boston, V. St. A.: Verfahren zur Herstellung einer Steifkappe für Schuhwerk. — 550 550. Albert Siebert, Magdeburg, Fürstenwallstraße 11: Einbälliger Leisten. — 550 609. Frederick Smith Glines, Lynn, Mass., V. St. A.: Maschine zum Anbringen von Streifen. — 550 563. Chr. Mansfeld, Maschinenfabrik, Leipzig-Paunsdorf: Holznagelmaschine. — 550 981. Bruder Winkle, Altenstadt a. d. Iller: Zweiteiliger Gelenkleisten. — 551 220. Chr. Mansfeld Maschinenfabrik, Leipzig-Paunsdorf: Messeranordnung für Holznagelmaschinen. — 551 829. Firma Max Mutz, München, Burgstraße 6: Stiefel mit seitlicher Verschnürung. — 551 394. Curt Baumann, Dresden, Altmarkt 11: Fersenkissen für Einlegesohlen. — 551 741. Industrie- und Handelsgesellschaft m. b. H., Vaduz, Liechtenstein: Auswechselbarer Laufleck. — 551 305. United Shoe Machinery Corporation, Paterson u. Boston, V. St. A.: Vorrichtung zur Wiederherstellung der Klebrigkeit von zwischen dem herabhängenden Absatzfrontlappen der Sohle und dem Absatz eines Schuhes aufgetragenem Klebstoff. — 552 319. Muhr & Bender, Attendorn i. W.: Schuhgelenk. — 552 653. Jean Gaillart, Marseille, Frankreich: Schuh mit Kreppgummilaufsohle. — 552 475. United Shoe Machinery Corporation, Paterson und Boston, V. St. A.: Schuhwerksohle mit Spaltlappen zum Ueberdecken der Absatzfrontfläche. — 552 408. Julius Sandt, Pirmasens: Kantenpoliermaschine. — 552 722. Hermann Radon, Lauban i. Schlesien: Vorrichtung zum auswechselbaren Anbringen von Gummiaufflecken an Absätzen. — 553 354. Industrie- und Handelsgesellschaft m. b. H., Vaduz, Liechtenstein: Auswechselbarer Laufleck. — 553 223. Maschinenwerke zu Frankfurt a. M., vorm. Kolb, Rieber & Co., G. m. b. H., Frankfurt a. M., Schwedlerstraße 2–4: Gerät zum Stützen von Schäften. — 553 171. United Shoe Machinery Corporation, Paterson und Boston, V. St. A.: Maschine zum Beschneiden der Frontfläche von Absätzen. — 553 221. Alba-Werke Adolf Luppertsmeier A.-G., Wuppertal-Barmen, Sternstraße 15–20: Vorrichtung zur Herstellung von Schnürriemennadeln aus Zelluloid. — 554 197. „Romika" Schuhfabrik A.-G., Köln-Nippes, Kesselrodestraße 26–30: Sport-, Strand- und Promenadenschuh. — 553 865. United Shoe Machinery Corporation, Paterson u. Boston, V. St. A.: Ueberholmaschine. — 554 138. Industrie- und Handelsgesellschaft m. b. H., Vaduz, Liechtenstein: Auswechselbarer Laufleck. — 554 354. Heinrich Wiendaus, Bochum, Allenstraße 21: Am Schuhwerk aufgehängter Reibstreifen zur Vermeidung einer Beschädigung der Gamasche durch die Schnürhaken bzw. einer Beschädigung des Schuhoberleders durch die Gamasche. — 554 535. Willi Gromoll, Berlin N 31, Wolliner Str. 31: Schnürbandhalter. — 554 536. Gertrud Weige, geb. Heymer, Dresden A. 1, Seidnitzer Straße 1: Schnürsenkelhalter. — 555 210. Hermann Gierach, Hittfeld, Kr. Harburg a. d. Elbe: Die Ferse federnd umfassende Schutzkappe für Schuhwerk. — 554 943. Paul Hein, Berlin-Baumschulenweg, Stormstraße 2: Schuhgelenkstütze. — 555 211. Theo Thomalla, Solingen, Malteserstraße 37: Verschluß für Schuhe und andere Bekleidungsstücke.

Wegen Anmeldung von Erfindungen erteilt das Patentbüro Ingenieur Müller & Co., G. m. b. H., Leipzig, unseren Abonnenten Rat und Auskunft kostenlos.

Gegen jede Tarifverschlechterung!

Gegen die Kündigung des Manteltarifvertrages und die beispiellosen Verschlechterungsabsichten nahm eine stark besuchte Versammlung der Kollegenschaft in

Wermelskirchen

Stellung. Einmütig wurde folgende Entschließung gefaßt:

Entschließung:

„Die Abänderungsanträge der Schuhfabrikanten zum Reichstarifvertrag lassen erkennen, daß ihnen jedes soziale Empfinden fehlt und daß sie rücksichtslos ihre nackten Profitinteressen in den Vordergrund stellen. Die sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft, die infolge eines erheblichen Lohnabbaues, erhöhter steuerlichen Belastung und eines erheblichen Abbaues der Sozialversicherung sich bis zum Unerträglichen verschlechtert haben, sollen durch das Verlangen der Schuhfabrikanten noch weiter verschlimmert werden. Dieses ist eine nicht zu übertreffende unerhörte Herausforderung der Schuharbeiterschaft durch die Schuhfabrikanten.

Die Versammlung ersucht deshalb den Hauptvorstand, seine ganze Kraft einzusetzen, um das Verlangen der Fabrikanten restlos abzuweisen. Soweit dies auf dem Wege der Verhandlung nicht möglich ist, ist die Arbeiterschaft zum Kampf aufzufordern.

Für die Arbeiterschaft aber folgt hieraus, daß Tarifverträge mit annehmbaren Löhnen und guten sozialen Einrichtungen Machtfragen sind, die nicht nach dem Gefühl, sondern nach den Machtverhältnissen entschieden werden. Die Versammlung verpflichtet sich deshalb,

die noch Fernstehenden davon zu überzeugen, daß sie nicht länger die Machtposition der Unternehmer zu unterstützen haben, sondern daß sie sich dem Zentralverband der Schuhmacher anzuschließen haben, um dem Unternehmertum eine gleichwertige Macht gegenüberstellen zu können."

Die Berliner Gewerkschaftsschule

nimmt ihre Arbeit nach den Sommerferien im Herbst dieses Jahres wieder auf.

Die **Berliner Gewerkschaftsschule** ist bemüht, durch die Einrichtung von Kursen aus dem Gebiet des

Arbeitsrechts — der Volkswirtschaft — Betriebswirtschaftslehre — Sozialpolitik und Gewerbehygiene — und des Gewerkschaftswesens

jedem Gewerkschafter die Möglichkeit der Schulung und Weiterbildung auf allen diesen für den Gewerkschaftsfunktionär so wichtigen Gebieten zu geben.

Der Lehrplan der Schule ist in allen Ortsverwaltungen zu haben. Wer sich selbst nicht für einen bestimmten Kursus entschließen kann, komme zu den

Lehrberatungssprechstunden

der Berliner Gewerkschaftsschule, die jeden Montag und Freitag von 16 bis 19 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, 2. Stock, Zimmer 25, stattfinden. Die Hörergebühr für zehn Abende beträgt 2.— RM. Jugendliche und Kurzarbeiter zahlen 1.— RM. Arbeitslose sind vom Hörerbeitrag befreit. Die Lehrgänge beginnen in der Woche vom 10. bis 15. Oktober. Es ist deshalb notwendig, sich umgehend zu den Kursen anzumelden.